

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando
Stückzahl 2,90 RM. monatlich 1,30 RM.

Vorwärts

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsseitige Kolonelle
oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Berichte

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 12. April 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Russlands Regierung über Krieg und Frieden.

Neue Kämpfe bei Arras. — Wachsende
Feuerschlacht von Bailly bis Reims. —
Vielfach rege russische Artillerietätigkeit.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. April
1917. (W. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nämlieh begrenzte Kampfhandlungen nördlich der Scarpe
bei Givenchy en Bohelle, Farbus und Fampoux führten keine
Veränderung der Lage herbei.

Zu beiden Seiten der Straße Arras—Cambrai setzten gestern
nachmittags nach heftigem Feuer die Engländer starke Kräfte in
breiter Front zu neuen Angriffen ein; sie sind verlustreich ab-
gewiesen worden.

Seit heute früh sind dort und zwischen Dullecourt und
Lucant weitere Kämpfe entbrannt.

Zwischen der Straße Sapaume—Cambrai und der Oise
spielten sich nur kleine Gefechte vor unseren Linien ab.

St. Quentin wurde wie an den Vortagen mit Granaten und
Schrapnell beschossen, ebenso La Fère.

Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Von Bailly bis Reims nimmt die Artillerietätigkeit täglich an
Hefigkeit zu.

Ein französischer Handstreich gegen unsere Gräben südlich
von Berry-au-Bac wurde durch raschen Gegenstoß vereitelt.

Seeeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

An Ka, Düna, Stohob, Rosta Lipa und Dniepr vielfach
rege Artillerietätigkeit der Russen.

An der
Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph
und bei der

Seeeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radenau.

nichts Wesentliches.

Mazedonische Front

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 11. April. Abends.

Bei Fampoux, nördlich der Scarpe, sind eng-
lische Infanterieangriffe, bei Noeux mehrere
Kavallerieattacken verlustreich gescheitert.

Bei Mouchy und Bancourt, auf dem Südsfer,
tagsüber für uns günstig verlaufene Kämpfe.

Ostlich von Dullecourt und bei Fargi-
court, nordwestlich von St. Quentin, wurden
1000 Engländer mit 25 Maschinengewehren gefangen.

Von Soissons bis Reims sehr starker
Feuerkampf.

Im Osten und in Mazedonien nichts Be-
sonderes.

Der österreichische Bericht.

Wien, 11. April 1917. (W. I. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radenau

Ein I und L Ziegler schoß im Luftkampf über Galaz ein
russisches Neupostflugzeug ab

Seeeresfront des Generalsoberst Erzherzog
Joseph.

Im Belas-Gebiet wurden feindliche Vorkämpfe zurück-
gewiesen

Seeeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Die russische Artillerietätigkeit nahm stellenweise zu. Sonst
nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerietätigkeit an der Isonzalandi-
schen Front war gestern im allgemeinen lebhafter und hielt an
manchen Stellen auch die Nacht an. Im Gebiet des Gtsch-

Tales und Garda-See setzten Italiener ihre Beschießungs-
feuer gegen unsere Ortschaften beharrlich fort.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Albanen-Abteilungen überfielen mit vollem Erfolg
die italienischen Vorposten nördlich von Tepeleni.

Der Stellv. d. Chefs des Generalstabes.
v. Goefer, Feldmarschallsleutnant.

Erklärung
der russischen Regierung.

Befreiung, nicht Erniedrigung!

In den Händen des befreiten russischen Volkes liegt jetzt
die Entscheidung über Krieg und Frieden. Von ihm hängt
es ab, ob in absehbarer Zeit Vernunft und Gerechtigkeit über
die entfesselten Geister der Zerstörung den Sieg davontragen
sollen oder ob uns allen noch ein langes Kriegselend
bedrohlich. Die ganze Welt wird daher ihr Schicksal aus der
neuen Erklärung der provisorischen Regie-
rung herauszulesen versuchen, die uns der Telegraph wie
folgt übermittelt:

Petersburg, 10. April. Meldung der Petersburger
Telegraphen-Agentur.

Erklärung der provisorischen Regierung.

Nach Prüfung der militärischen Lage des russischen
Staates hat sich die provisorische Regierung dafür entschieden,
um ihrer Pflicht gegen das Land zu genügen, dem Volke offen
und direkt die ganze Wahrheit zu sagen. Die jetzt ge-
stürzte Regierung ließ die Landesverteidigung in
einem Zustand schwerer Unordnung. Durch ihre
sträfliche Untätigkeit und ihre ungeschickten Maßnahmen
brachte sie Unordnung in unsere Finanzen, das
Verpflegungs- und Transportwesen und in
die Munitionsversorgung der Armee. Sie hat
unsere ganze wirtschaftliche Organisation erschüttert. Die
provisorische Regierung wird mit lebhafter, tätiger Unter-
stützung des ganzen Volkes alle Kräfte dazu verwenden, diese
schlimmen Folgen des alten Regimes zu beseitigen, aber
die Zeit drängt, das Blut zahlreicher Söhne des Vater-
landes ist im Verlaufe dieser langen zweieinhalb Kriegsjahre
reichlich geflossen. Trotzdem steht das Land immer noch einem
mächtigen Gegner gegenüber, der ganze Länder unseres
Staates besetzt hält und uns gerade jetzt, in den Geburtstagen
der russischen Freiheit von neuem bedroht. Die Verteidigung
unseres eigentlichen nationalen Vaterlandes um jeden Preis
und die Befreiung des Landes vom Feinde, der
über unsere Grenzen gedrungen ist, bildet die hauptsächlichste,
wichtigste Aufgabe unserer Krieger, die die Freiheit des
Volkes verteidigen. Die provisorische Regierung überläßt es
dem Willen des Volkes, in enger Gemeinsamkeit mit
unseren Verbündeten alle den Weltkrieg und seine Beendi-
gung betreffenden Fragen endgültig zu entscheiden, hält es
aber für ihre Pflicht und ihre Pflicht, schon jetzt zu erklären,
daß das freie Rußland nicht das Ziel hat,
andere Völker zu beherrschen,

ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam
fremdes Gebiet zu besetzen, daß es vielmehr einen dauerhaften
Frieden auf Grund des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst
zu bestimmen, herbeiführen will. Das russische Volk erstrebt
nicht die Steigerung seiner äußeren Macht auf Kosten anderer
Völker, es hat nicht das Ziel, irgendein Volk zu
unterjochen oder zu erniedrigen.

Im Namen der Gleichheit entfernte es die Ketten, die
auf dem polnischen Volk lasteten. Aber das russische Volk wird
nicht zugeben, daß sein Vaterland aus dem großen Kampfe
erniedrigt und erschüttert in seinen Lebensbedingungen her-
vorgeht.

Diese Grundsätze werden die Grundlage der äußeren
Politik der provisorischen Regierung bilden, die den Volkswi-
llen unfehlbar zur Ausführung bringt und die Rechte
unseres Vaterlandes schützt, wobei sie die Verpflichtungen, die
wir gegen unsere Verbündeten eingegangen sind, einhält.

Die provisorische Regierung des befreiten Rußland hat
kein Recht, dem Volke die Wahrheit vorzuenthalten. Das
Vaterland ist in Gefahr. Alle Kräfte müssen angespannt
werden, um es zu retten. Möge das Land auf diese
Wahrheit nicht mit unfruchtbarer Niedergelassenheit,
nicht mit einem Zustand der Entmutigung antworten,
sondern mit Schwung, um einen einheitlichen nationalen
Willen zu schaffen. Das wird uns neue Kräfte für
den Kampf verleihen und wird uns das Heil bringen.
Möge die Stunde harter Prüfung das ganze Land kräftig
genug finden, um die eroberte Freiheit zu sichern und um sich
unermüdet Arbeit zu widmen zum Wohle des freien

Rußlands. Die provisorische Regierung, die den feier-
lichen Eid abgelegt hat, dem Volke zu dienen, hat die
feste Ueberzeugung, daß mit allgemeiner, bisher unbekannter
Unterstützung aller und eines jeden sie selbst in der Lage sein
wird, ihre Pflicht gegen das Land bis zum Ende zu erfüllen.
Der Präsident des Ministerrats. ge. F ü r s t L w o w.

Das vorstehende Dokument ist ein diplomatisches Schrift-
stück, das sich alle Wege offenhält. Aber was es ausspricht, ist
jedenfalls das Vornehmste und Bernünftigste, was
von einer gegnerischen Regierung seit Beginn des Krieges
ausgesprochen worden ist. Zum erstenmal dringt eine offizielle
Stimme zu uns herüber, die sich nicht in Feindeshaß und
Zerknirschungswut heiser geschrien hat.

In wiederholten Wendungen werden die Bundesgenossen
der Treue versichert, die das revolutionäre Rußland ihnen zu
halten gewillt ist. Hier fühlt man den Einfluß des Ministers
des Auswärtigen, Miljukow, der eben erst auf dem Parteitag
der Kadetten versichert, das demokratische Rußland sei ein
zuverlässiger Bundesgenosse als das kaiserliche, der Sieg des
freien Volkes über den reaktionären österreichisch-deutschen
Militarismus sei völlig gesichert.

Die offizielle Erklärung bestätigt die Versicherung der
Treue, hält sich aber von allem brombarstierenden Gerede,
von jeder gehässigen Herabsetzung des Feindes völlig fern.
Was Herr Miljukow darüber zu sagen hat, ist seine Privat-
meinung, die er als Parteimann vertritt. Als Minister des
Auswärtigen steht er aber unter dem Einfluß seiner Kollegen
und insbesondere des Arbeiterdeputiertenrats,
und darum führt die offizielle Erklärung eine andere Sprache
als die Reden der Trepows und Bokrowskys jetigen Ange-
denkens, der Briand und Lloyd Georges.

Die Kriegserklärung Amerikas hat uns den neuen
Vorschlag des Grafen Czernin beinahe vergessen
lassen. Dieser Vorschlag hat ein sehr merkwürdiges Schicksal
gehabt: kaum war er aufgetaucht, so wurde er schon von allen
Seiten so behandelt, als wäre er nicht gewesen. Auch die
russische Erklärung vermeidet es, auf ihn einzugehen. Und
doch ist sie ein Zeichen dafür, daß es an der Zeit ist, ihn wieder
kräftig in den Vordergrund zu rücken.

Graf Czernin, der österreichische Minister des Auswärtigen,
hat bekanntlich den Vorschlag gemacht, die Vertreter der
kriegführenden Länder sollten noch vor Einstellung der Feind-
seligkeiten zu einer Konferenz zusammentreten und versuchen,
den Krieg zu beenden. Die Befinnungen, die aus der russi-
schen Erklärung sprechen, kommen diesem Vorschlag ziemlich
weit entgegen. Denn vergebens fragt man sich, welche Gründe
die Urheber jenes Schriftstücks geltend machen könnten, um
sich einer Besprechung mit den Gegnern noch während des
Krieges zu widersetzen. Das einzige, was sie daran hindern
könnte, auf den Vorschlag des Grafen Czernin einzugehen,
wäre ihre Bundesstreue, d. h. der Umstand, daß ihnen ihre
Bundesgenossen nicht gestattet, das zu tun, was sie selber
wahrscheinlich für sehr vernünftig halten.

Die Rechnung zwischen Deutschland-Oesterreich und Ruß-
land läßt sich auf Grundlage des von der russischen Regierung
aufgestellten Programms berichtigen, ohne daß weiter auch
nur ein Tropfen Blut vergossen wird. Weder Deutschland noch
Oesterreich-Ungarn geben darauf aus, Rußland zu erniedrigen
und Teile des besetzten Gebiets für sich zu behalten. In
Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn sieht man ein, daß die
russische Regierung keinen Frieden schließen könnte, den sie
mit der Verstümmelung des russischen Reiches bezahlt.
In Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn will man den
Frieden!

Die Erklärung der provisorischen Regierung beweist zum
mindesten, daß die Stärke der gleichgerichteten Strömungen
in Rußland sehr groß ist. Ihnen entgegenzukommen, ist die
Pflicht der deutschen Regierung. Sie muß sagen, daß der
Vorschlag des Grafen Czernin auch ihr eigener Vorschlag ist,
und daß sie nicht die Absicht hat, auf die geplante Konferenz
Forderungen mitzubringen, deren Erfüllung man nur einem
besiegten Gegner zuzumuten kann. Auch sie soll den Mut haben,
ihrem Volk die ganze Wahrheit zu sagen, und die ist, daß man
einer feindlichen Welt nicht die Bedingungen des Friedens
diktieren kann, sondern daß man den Erfolg auf seine
Seite hat, wenn man sich gegen sie behauptet.

Die Schlacht beginnt.

Von Richard Gädke.

Im Laufe der vergangenen Woche hat sich die Lage im
Westen ziemlich geklärt:

Wenn ich es im letzten Berichte als unwahrscheinlich be-
zeichnete, daß unsere Gegner ihre Angriffsfront nach
Norden erweitern würden, so ist meine Vermutung
inzwischen Tatsache geworden. Seit dem 2. April lag schweres

Feindliches Feuer auf unseren Stellungen beiderseits Arras, von Neuville-Bitasse südlich bis gegen Lens im Norden, das ist eine Frontlänge von etwa 25 Kilometern. Zu gleicher Zeit gingen in zunehmendem Maße starke englische Erfundungsabteilungen gegen unsere Schützengräben vor. Nur am Osterfestabend hat die schlechte Witterung lähmend auf die Kampfstärke eingewirkt, aber schon am Osterfesttag erhob sich das Geschützfeuer auf beiden Seiten zu verdoppelter Wut und läutete die große Schlacht ein. Unwillkürlich wenden sich unsere Gedanken rückwärts auf die Ostertage des Jahres 1915, wo die wilden Stürme der mit der Knute vorgetriebenen Massen des Großfürsten Nikolai gegen die Karpatenfront ihren Höhepunkt erreichten. Sie scheiterten schließlich vollkommen unter unerhörten Verlusten des Angreifers, flauten um die Mitte des April völlig ab und leiteten hinüber zu unserer eigenen großen Offensive, die am 2. Mai mit der Schlacht von Gorlice-Tarnow begann und in fünfmonatigen siegreichen Kämpfen die geschlagenen Heere des Zaren weit nach Osten zurückschob.

In der Frühe des Ostermontag schwoll das englische Geschützfeuer um Arras zu stärkstem Trommelfeuer an. Dann begann der große Angriff auf der ganzen Front, der den Tag über gedauert hat. Unser Abendbericht meldet kurz, daß der Gegner in Teile unserer Stellung eingedrungen ist. Das ist natürlich nur der Anfang; wir dürfen wohl auf einen langen Zeitraum rechnen, der von schwersten Kämpfen erfüllt sein wird. Daß sie sich nicht auf den verhältnismäßig schmalen Frontraum um Arras beschränken werden, ist ebenso gewiß, denn für eine solche Teiloffensive hat der Gegner nicht seit 6 Monaten gerüstet mit dem Aufgebot seiner ganzen Kraft, haben insbesondere die Engländer nicht ihre Heere zum ersten Male in ihrer Geschichte zu Millionenmassen vermehrt und alles, ja mehr als das, aus ihrem Volke herausgeholt, was es an Menschen irgend liefern konnte, bis selbst die Landwirtschaft Rot litt, auf deren Leistungsfähigkeit sie mehr als je angewiesen sind. Es ist aber auch ganz sicher, daß die Engländer nicht angreifen werden, ohne daß die Franzosen mitgehen. Auch sie haben ihre letzten Menschenvorräte herangeholt, auch sie ohne Bedenken ihre Landwirtschaft geschädigt und an farbigen Franzosen auf den Kriegsschauplatz geschafft, was Afrika irgend hergeben konnte. In der Anfertigung von Geschützen, Schießbedarf und allem Kriegsggerät hat England seine Leistung auf das höchste gesteigert, so daß es der amerikanischen Zufuhren nicht mehr bedarf und feinerseits Frankreich noch ausbessern kann. Wir werden nicht annehmen dürfen, daß unsere Gegner in absehbarer Zeit an dem Mangel leiden werden, was zum Kriegsführen und zum Schlachten schlagen erforderlich ist.

Wohl aber dürfen wir ohne Weiteres voraussehen, daß die militärische Hilfe der Vereinigten Staaten für den Ausgang dieser Schlacht nicht die leiseste Bedeutung haben, eine gänzlich gleichgültige Sache sein wird, auch wenn sie wirklich einige Tausend Mann nach Europa hinüberwerfen sollten — und wenn diese glücklich landen werden. Das ist eine Spielzeugschachtel von Soldaten gegenüber den Riesenmassen dieses Krieges. Seine Fliegergeschwader aber hatte das so ehrlich neutrale Land ohnehin schon längst gegen uns losgelassen. Wir werden im äußersten Falle Gelegenheit haben, um auch amerikanische Gefangene zu machen; sie könnten uns im Hinblick auf gewisse Möglichkeiten als Geiseln willkommen sein.

Unsere Front von Arras bis Soissons (110 Kilometer) haben wir den angriffsbereiten Massen der Gegner zunächst entzogen. Noch in diesem Augenblick scheinen diese mit ihrem neuen Aufmarsch nicht fertig zu sein, wenn ihre Angriffe auch in den letzten acht Tagen mit immer größeren Streitkräften erfolgten, die übrigens häufig durch neue abgelöst werden mußten. Einen Teil ihrer schwereren Artillerie mögen sie wohl unter großen Mühen bereits nachgezogen haben, ohne sie bei der fortwährenden Ungewißheit über die genaue Lage, die Linienführung, die Einzelheiten unserer neuen Stellung schon sachgemäß verwenden zu können. In ihrer Belegenheit haben sie die Stadt St. Quentin ohne militärischen Nutzen mit Feuer belegt und am 6. April durch starke Fluggeschwader versucht, einen besseren Einblick zu gewinnen. Da ist es denn zu kämpfen gekommen, die man bereits als ein größeres Luftgefecht bezeichnen kann und in denen unsere Gegner unterlegen sind. Sie verloren an dem einen Tage 44 Flugzeuge. Das, was uns die Sommer Schlacht so schwer machte, die Uebermacht der feindlichen Flieger, besteht seit der eifrigen Arbeit des vergangenen Winters nicht mehr, und wir dürfen diesen Wandel gleichfalls als eine Vermehrung unserer Ausichten betrachten.

Wie auf dem linken Flügel dieser Front, um Arras, so ist es auch auf dem rechten Anschlußflügel, um Soissons, zu lebhaften Kämpfen gekommen. Mühsam arbeiteten sich die Franzosen auf der Hochfläche von Bergny vor. Das Dorf Laffaux haben sie dann wiederholt, bisher vergeblich bestirmt. Weiter östlich zwischen Soissons und Reims und teilweise noch weiter in die Champagne hinein, ist die Tätigkeit der beiderseitigen Geschützmassen in den letzten Tagen immer heftiger geworden. Wir haben wiederholt Truppenansammlungen durch unser Feuer zerstört, und mußten Reims nachdrücklich und mehrfach beschließen, weil der Feind dort Batterien und Befestigungswerke anlegte und einen lebhaften Truppenverkehr unterhielt. Am 4. April führten unsere eigenen Truppen einen wohl gelungenen Angriff gegen die feindliche Stellung bei Saginval (südlich Berry au Bac und des Aisnekanals) aus, der ihnen etwa 850 Gefangene einbrachte. Mehrere französische Gegenangriffe am 5. April wurden abgewiesen; Truppenansammlungen gegen die von uns genommenen Gräben südlich Ripont, in der Champagne, durch wirkungsvolles Feuer zerstört.

Aber auch die übrigen Teile der langen Front sind sowohl im Nordwesten, im Wälschbogen, um Oern, gegen die Küste hin, wie im Südosten in Lothringen und in der Burgunderrandspalte, zusehends unruhiger geworden, so daß überall im Westen zunehmende Spannung herrscht. Demgegenüber verschwinden alle Ereignisse auf den anderen Kriegsschauplätzen. In der italienischen Front herrscht noch immer Ruhe, nur selten unterbrochen durch kleinere Vorstöße beider Seiten und hier oder da anschwellendes Geschützfeuer. Anzeichen einer neuen Offensive Cadornas sind noch nicht gemeldet worden; gefaßt sein muß man auf sie aber doch, in dem Maße wie die Jahreszeit vorschreitet.

Die Verhältnisse im Osten sind noch immer schwer zu beurteilen, jedenfalls verhindert gegenwärtig die Bitterung die Aufnahme einer Offensive. Es scheint aber fast, als ob die Kriegspartei in der vorläufigen Regierung und im Heere die Oberhand gewinnen könnte. Für diesen Fall müssen wir auch auf jener Seite große Kämpfe erwarten, sobald der Zustand der

Wage und des Bodens sie erlaubt. Schließlichweise hat unser Angriff gegen den ausgedehnten Brückenkopf von Toboly am Westufer des mittleren Stochod (3. April) das russische Heer in keiner allzu festen Verfassung gezeigt. Mögen auch die glänzenden Vorbereitungen der Unternehmung auf deutscher Seite den großen Erfolg zum Teil erklären, so bleibt immer die hohe Zahl von Gefangenen, die seit vielen Monaten nicht mehr vorgekommen war, ein bedenkliches Zeichen für den augenblicklichen Zustand des russischen Heeres. Etwa fünf der dort stehenden Regimenter scheinen nahezu vernichtet zu sein.

In Mesopotamien müssen wir nach übereinstimmenden russischen und englischen Meldungen, denen die türkischen nicht widersprechen, damit rechnen, daß die Vereinigung der aus Persien onrückenden Russen und der von Bagdad in nordöstlicher Richtung vorstühenden Engländer westlich des Gebirgspasses von Khanikin in der Gegend von Nizil Rhobat, am oberen Dialafusse, geglückt ist.

Aber die Entscheidung des Krieges liegt nicht dort, sondern im Westen.

Friedensarbeit des Rates der Arbeiter und Soldaten.

Durch den Petersburger „Times“-Verichterstatter erfährt man von Beschlüssen des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, die in zweierlei Beziehung für den politischen Charakter dieser revolutionären Körperschaft bemerkenswert sind. Sie geben wieder einen Beleg, daß der Rat in der Lage ist, ein demokratisches Kontrollrecht über die Handlungen der provisorischen Regierung geltend zu machen, und davon, daß er sich entschließen für ein Verschleiden des Friedensweges ausspricht. Mit unverhohlener Wut teilt der „Times“-Gewährsmann diese Beschlüsse mit. Sie wollten, sagt er, offensichtlich die Niederlage Russlands beschleunigen und einen schmachvollen Frieden herbeiführen. Damit stimmt er in die Tonart der russischen Kriegspresse ein, die eben jetzt — nach der „Nowoje Wremja“ zu urteilen — erschreckt ist über die Wirkung, die das Friedenstelegramm der deutschen Sozialdemokratie an die russischen Sozialisten ausgeübt hat. Sie klagen den dänischen Minister Stauning an, der das Telegramm an Tschaidse weitergegeben habe. Nie hätte es in die Hände der russischen Sozialisten gelangen dürfen. Nur den Weg zur russischen Regierung hätte es für Stauning geben können. Diese Klage und diesen Wunsch kann man verstehen. Wie gern hätten die Kriegswilligen das Telegramm in einem toten Winkel verschwinden sehen.

Die Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats kündigen nach der „Times“ die Gründung eines „Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten“ an, der die Beziehungen zum Ausland unterhalten und, wie es im „Times“-Bericht heißt, unmittelbare Verhandlungen mit dem Feinde anknüpfen soll. Eine Abordnung soll sich nach Stockholm begeben, ein Sondertourierdienst soll zwischen Rußland und Schweden eingerichtet werden. Ferner fordert der Rat das Recht, einen Vertreter in der Petersburger Telegraphen-Agentur (die von der provisorischen Regierung als ein Organ der Stimmungsmache für den Krieg ausgenutzt worden ist) zu unterhalten, und er beantragt, an den Entschlüssen der obersten Heeresleitung durch mitberatende Stimme beteiligt zu sein. Der „Times“-Verichterstatter sagt, die Beschlüsse des Rates zielten ohne allen Zweifel auf den Sturz der gegenwärtigen Regierung hin. Daß zwischen dem Rat und der Regierung Gegensätze bestehen, die ein abermaliges Entbrennen des Krieges in breiter Luft ausentzünden würden, daran braucht allerdings nicht gezweifelt zu werden, und um diese Frage handelt es sich jetzt.

Der „Times“-Bericht teilt aus dem Texte der Ratsbeschlüsse einige Sätze mit, die erkennen lassen, daß dem Wilschowschen Offizientum das Handwerk gelegt werden soll. Die bezüglichen Beschlüsse lauten:

1. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der dem Arbeiterausschuss angegliedert ist, muß einen Vertreter in der amtlichen Petersburger Telegraphen-Agentur unterhalten.
2. Befogter Vertreter sendet selbständige Berichte an die auswärtige Presse und kontrolliert alle übrigen die Agentur verlassenden Meldungen.
3. Streitigkeiten zwischen der Agentur und diesem Kommissar werden zur Schlichtung einem gemischten Ausschuss überwiesen, der aus Vertretern der augenblicklichen Regierung und des Arbeiterausschusses gebildet wird.

In vier weiteren Artikeln verlangt der Ausschuss die sofortige Eröffnung von Friedensunterhandlungen zwischen allen Kriegführenden und eine starke Propaganda bei der Masse zwecks sofortiger Beendigung des Krieges. Die Fortsetzung des Krieges komme nur der Bourgeoisie zugute.

Der Ausschuss weist ausdrücklich darauf hin, daß diese Grundsätze die Meinung der Abgeordneten der Soldaten darstellen, wie sie von 100 Divisionen und anderen Formationen der Front angenommen worden sind. Die tätige Verteidigung des Landes soll nicht unterbrochen werden, kann aber andererseits nicht darauf einwirken, die Gründung eines Bureaus für Friedenszwecke in Stockholm zu verhindern. Der Ausschuss nimmt das Recht für sich in Anspruch, unzensurierte Briefe und Telegramme zu versenden und einen eigenen Kurierdienst zu unterhalten. Er fordert weiterhin, daß die Tätigkeit des Generalstabes durch den Ausschuss der Soldatenvereinigung kontrolliert werde.

Das republikanische Organ „Ruslaja Wolja“ wendet sich gegen den Arbeiterausschuss und verlangt die Bekanntgabe der Namen der Mitglieder dieses Ausschusses, der sich die Macht anmaßt und eine Situation fördert, die zum Bürgerkrieg und zum Abschluß eines schmachvollen Friedens führen müsse. Leiter des Komitees ist nach dem „Times“-Bericht der Advokat Steloff.

Kadettenführer über den Rat der Arbeiter und Soldaten.

Petersburg, 10. April. Im Verlauf der dritten Sitzung des Kongresses der Partei der nationalen Freiheit hielt Minister des Innern Wilschow eine Rede, in der er u. a. die Tätigkeit der Parteien der Linken kennzeichnete, wobei er, wie die Petersburger Telegraphen-Agentur sich ausdrückt, so vollkommen unparteiisch war, ihnen die Ehre an der Revolution und der Organisation in den ersten Tagen nach dem Sturze der alten Regierungszugeworfen. Die übrigen Gruppen, sagt der Minister, schlossen sich der Revolution bedeutend später an, so daß sich die Parteien der Linken ganz allein der verantwortungsvollen und wichtigsten Arbeit der Ausarbeitung einer Organisation Russlands unterziehen mußten. Sie haben diese Aufgabe ehrenvoll erfüllt, wie es die ideale Ordnung bei der Beisehung der Revolutionsopfer beweist.

Nach Wilschows ergriff der Verkehrsminister Nekrasow das Wort. Er betonte gleichfalls, daß, wenn es nicht zur Anarchie gekommen sei, dies der umfassenden organisatorischen Tätigkeit der Parteien der Linken und ihrem Organ, dem Rat der Arbeiter und Soldatenvertreter, zuzuschreiben sei. Bezüglich der Beziehungen zwischen der provisorischen Regierung und dem genannten Rat, zerstreute Nekrasow die Besorgnis, als bestesbe gleichsam eine Zerteilung der Macht, indem er erklärte, davon könne keine Rede sein. Die bestehenden Reibungen zwischen der Regierung und diesem Rat hätten niemals ernsthaften Charakter und könnten immer ausgeglichen werden. Jedenfalls würde die provisorische Regierung Rußland nicht ohne Unterstützung des Rates regieren können. Die Regierung sei augenblicklich autokratisch als unter der gestürzten Dynastie und müsse infolge dessen unbestreitbar ein ihre Handlungen kontrollierendes Organ haben.

Wir werden, erklärte Nekrasow, nicht leicht vor dem Stoß der extremen Strömungen die Macht aufgeben. Wir werden unser Amt nur niederlegen, wenn wir unsere Machtlosigkeit empfinden und bei keiner Gesellschaftsgruppe Russlands Unterstützung finden werden.

Abgeordnete der Garde bei Tschaidse.

Bern, 10. April. „Petit Parisien“ meldet aus Petersburg: Eine aus zwei Offizieren und fünf Soldaten bestehende Abordnung eines Garderegiments von der Front wurde in Petersburg vom Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates empfangen und stellte an den Vorsitzenden Tschaidse die Frage, warum die Petersburger Regimenter der provisorischen Regierung noch nicht den Treueid geleistet hätten. Tschaidse erwiderte, dies solle nach Verständigung mit dem Exekutivkomitee demnächst geschehen. Die Petersburger revolutionären Truppen sollten entgegen dem früheren Beschluß wieder an die Front gehen.

Tschaidse erklärte ferner, das Exekutivkomitee der Duma habe den Sozialdemokraten bei der Bildung der provisorischen Regierung Ministerposten angeboten und tue es sogar heute noch, die Sozialdemokraten äßen es jedoch vor, das Angebot anzuschlagen, um die Regierungsakte von außen her kontrollieren zu können. Das Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates beabsichtige augenblicklich nicht, die Macht zu ergreifen, unter gewissen Umständen wäre dies jedoch nicht ausgeschlossen. Die Abordnung verlangte, daß alle Befehle des Arbeiter- und Soldaten-Komitees an die Armee vom Kriegsminister ausgehen würden, um widersprechende Befehle und Anarchie zu vermeiden. Die Abordnung richtete schließlich einen dringenden Aufruf an die Arbeiterstadt Petersburgs, die für die Landesverteidigung notwendigen Arbeiten sicherzustellen. Die Stimmung der Abordnung entspreche derjenigen der ganzen Armee, die täglich Erklärungen zugunsten der provisorischen Regierung abgibt.

Das Blatt berichtet weiter, in Petersburg bleibe die politische Lage unverändert. Es gelinge dem Exekutivkomitee nicht, die Arbeiter in die Werkstätten zurückzuführen und die Disziplin in den Kasernen wiederherzustellen.

Die Freilassung der verschleppten Ostpreußen

Stockholm, 11. April. Die Petersburger Telegraphen-Agentur bestätigt, daß die provisorische Regierung auf Vorschlag des Ministeriums des Innern und des Wirtschaftsministeriums die Freilassung der bei dem Einfall in Ostpreußen 1914/15 unrechtmäßig nach dem Innern Russlands verschleppten deutschen Reichsangehörigen angeordnet hat. Die betreffenden Zivilgefangenen sollen mit Unterstützung der Regierung nach der Heimat entlassen werden. Die Prüfung der Einzelfälle liegt einem besonderen aus Vertretern verschiedener Ministerien zusammengesetzten Ausschusse ob.

Kuba im Kriegszustand mit Deutschland.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Der hiesige kubanische Gesandte hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Note überreicht, worin er erhaltenem Auftrage gemäß mitteilt, daß seine Regierung die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abbricht und sich mit ihm als im Kriegszustand befindlich betrachtet.

Basel, 11. April. Laut Nachrichten aus Havanna beläuft sich die Tonnenzahl der in Havanna verankerten deutschen Schiffe auf 12 875, in einem anderen kubanischen Hafen liegt ein Schiff von 3028 Tonnen. Oesterreich besitzt ein Schiff von 3503 Tonnen, welches in Havanna verankert ist.

Argentinien gegen Deutschland.

Amsterdam, 11. April. Reuter meldet aus Buenos Aires: Offiziell ist am Abend des 10. April folgende Erklärung bekannt gemacht worden: Die argentinische Regierung hat die Haltung der Vereinigten Staaten bezüglich Deutschlands unterstützt.

Staatshilfe für eine amerikanische Handelsflotte.

Das Kriegsgeschäft mit den Alliierten.

Washington, 10. April. Reuter meldet, Wilson hat seine Zustimmung zu dem Programm des Schiffsabteilungsdepartements erteilt, eine Flotte von 1000 Holzschiffen zu 3000 Tonnen zu bauen, um die Verluste an Schiffsraum durch den U-Boot-Krieg zu decken. Der Kongress hat hierfür 50 Millionen Dollar bewilligt. Die Kontrakte für den Bau sind bereits abgeschlossen. Der Schatzsekretär Mac Adoo hat sich sehr zuversichtlich über die Beschaffung des Kredites von fünf Milliarden Dollar geäußert. Er meinte, daß die Anleihen sehr bedeutend überzeichnet werden würden. Der gesamte Betrag würde vielleicht nicht auf einmal auf den Markt gebracht werden, sondern von Zeit zu Zeit, je nachdem man Geld brauche. Die Anleihen würden steuerfrei sein und wahrscheinlich dreieinhalb Prozent Zinsen bringen. Drei Milliarden Dollar sind für den Kredit der anderen Regierungen bestimmt, die mit Deutschland im Krieg sind. Der Plan der amerikanischen Regierung ist, von den anderen Regierungen Obligationen zu kaufen, die denselben Zinsfuß haben sollen wie die Obligationen der Vereinigten Staaten.

Der Krieg auf den Meeren.

Neuerdings 53 000 Tonnen Aprilbeute.

Berlin, 11. April. Außer den bisher im April bekannt gegebenen U-Boot-Erfolgen sind neuerdings im Kanal, im Atlantik und in der Nordsee versenkt: 16 Dampfer, 7 Segler, 2 Fischerfahrzeuge mit insgesamt 53 000 Br.-Reg.-T., und zwar: Die englischen Dampfer Stanlon (3987 T.), Glenogla (8200 T.), die englischen Segler Huntley, mit Besatzmann Dieppe, Warh Annie, mit Kohlen nach Tripoli, Waag, Gippeswie, Eudymion;

zwei unbekannte französische Fischerfahrzeuge, italienischer bewaffneter Dampfer Avantgarde (2708 To.) mit Erz nach Cardiff, belgischer Dampfer Trebier (3006 To.), holländischer Landdampfer Vestia;

die norwegischen Dampfer Sibeth, Grip mit Koks, Asta mit Erz nach England, Nordl. mit Stubenholz nach Cardiff, Farmand mit Kohlen nach Lissabon; norwegisches Dampfschiff Svendsholm; schwedischer Dampfer Norma mit Erdnüssen; griechischer Dampfer Ratisa mit Phosphat nach Nantes;

ferner folgende Schiffe, deren Namen nicht festgestellt werden konnten: ein abgeblendetes Conboy-Dampfer, ein abgeblendetes schwer beladener, von Kriegsschiff und Herfordern gesicherter Dampfer, ein Lazarettschiff in der Mitte des englischen Kanals zwischen Le Havre und Portsmouth, ein beladener von Herfordern gesicherter Transportdampfer mit Kurs Le Havre, der aus dem Conboy herausgehoben wurde, und eine Dreimastbarke im Schleppe eines bewaffneten Schleppdampfers.

Zu den am 6. April veröffentlichten U-Boots-Ergebnissen sind nach den bisher eingegangenen eingehenderen Meldungen der U-Boote folgende Einzelheiten nachzutragen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich:

Die bewaffneten englischen Dampfer Snowdon Range (4862 To.) mit 7500 To. Getreide, Früchte und Haferskoden, Wyndwood (1984 To.) mit 2900 To. Kohlen für englische Flotte und ein unbekannter Dampfer von 1800 To. Die englischen Dampfer Fairairn (592 To.) mit Kohlen, Emistown (700 To.) Ardenwen (8798 To.) mit 5000 To. Zuder, Ardglaf (778 To.) mit Stahlplatten, Gannizaro (6113 To.), Kohlendampfer Somme (1800 To.), Holgate (2904 To.) mit Eisenerz, Kapitän wurde gefangen genommen, Passagierdampfer vom Typ Regantie (14 878 To.), englische Segler Gowie mit Kohlen, Brandon mit Stahlplatten, Eastern Belle mit Weiz, die englischen Fischerfahrzeuge Prince of Wales, Galatia, Roulemin, Petrel, Medban, Kohlen, Indutria, Expedient und das englische Feuereschiff South Arklow (Dilliste Islands).

die französischen Segler Brudère mit Teeröl, Frigante mit Kohlen, Eugène Vergeline mit Kidel; die französischen Fischerfahrzeuge O 707, O 709, O 775 und zwei unbekannte französische Fischkutter; russischer Segler Rahmar;

die norwegischen Dampfer Nordnaes, Dangkal, Grenmar mit Kohlen, Nova mit Kohlen, Sandvit mit Eisen, Lijona mit Koks, Marshall mit Kohlen, Consul Verhon mit Erz, Gahlst auf Fahrt nach England; norwegischer Segler Sirius mit Weizen; dänischer Dampfer Vergenshus mit Städtgut und Segler Ebenezer; griechischer Dampfer Poseidon mit Eisenerz;

ferner acht Dampfer, darunter zwei Landdampfer und vier Segler, deren Namen nicht festgestellt werden konnten.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Seesperre und Versenkungen.

London, 11. April. Die Blätter melden aus Washington: Der amerikanische Postdampfer New York (10 795 Dr.-Mtz.-To.) stieß auf eine Mine. Er erreichte den Hafen. Menschenleben sind nicht verloren gegangen.

Das Reutersche Bureau meldet aus Liverpool, daß der Postdampfer New York auf eine unter Wasser schwimmende Mine gestoßen ist. Das U-Boot wurde so gut wie möglich gestopft; trotzdem drang soliel Wasser in das Vorschiff ein, daß das Hinterschiff und die Schrauben über Wasser kamen. Das Ausleihen der Boote war sehr schwierig und es wurden dabei zahlreiche Matrosen verwundet. Man glaubt, daß der Dampfer auf eine der kleinen deutschen Minen gestoßen ist, wie sie von den deutschen U-Booten ausgelegt werden.

Kopenhagen, 10. April. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Meeres ist die dänische Schoonerbrigade Jürgen Varian, die seit Monaten vermisst wird, wahrscheinlich untergegangen. Ein Boot der Brigg wurde in der Nordsee treibend aufgefunden und nach Middleborough gebracht. Das Schiff war mit Kohlen von England nach Danemark unterwegs.

Bern, 10. April. „Matin“ meldet aus Nantes: Der spanische Kohlendampfer Sanfulgencia wurde auf der Fahrt von Newcastle nach Barcelona bei Sables von einem deutschen U-Boot versenkt.

Bern, 10. April. „Matin“ meldet aus Marseille: Die Besatzung des versenkten Postdampfers Ernest Simon traf in Marseille ein. Die Ueberlebenden berichten, daß Schrotz des U-Bootes sei unsichtbar gewesen, man habe in der besten Mondnacht nur die Spur des Torpedos im Augenblick des Treffens bemerkt. Die Explosion sei fürchterlich gewesen.

Bergen, 11. April. Der Hafen von Liverpool ist wegen Minengefahr für den Verkehr gesperrt.

Bern, 10. April. Ljoner Blätter melden aus Madrid, der Minister der öffentlichen Arbeiten hätte erklärt, die spanische Regierung habe bisher nur den Verkauf zweier kleiner Schiffe gestattet. Der Verkauf größerer Schiffe ohne vorherige amtliche Ermächtigung sei unzulässig.

Die Schlacht bei Arras.

Berlin, 11. April. (W. Z. B.) Im Raume von Arras, an und östlich der Linie Souchez—Rouvillois—Wipasse tobten auch gestern lebhaft Kämpfe. Wie selbst englische Berichte betonen, wurde der englische Angriff bei Arras unter einem Einsatz von Artillerie begonnen, der alles bisher Dagewesene übertrifft. Es wurde auch Gas abgegeben. Durch die gutliegende und äußerst starke englische Feuerperre wurden Teile der deutschen Befestigung in den vordersten Gräben vollkommen abgeschnitten. Der Verlust beherrschender Höhenrücken in der vordersten Linie, die vom englischen Artilleriefeuer systematisch abgeriegelt worden waren, machte an einigen Stellen ein Ausweichen bis zu 4 Kilometer notwendig. Die Geschütze, die dem nachstoßenden Gegner überlassen werden mußten, wurden unbrauchbar gemacht und gesprengt.

Bei Ebenah-en-Schelle an der Vimy-Höhe griffen die Engländer gegen 3 Uhr nachmittags an, wobei sie kleine örtliche Vorteile erlangten. Ein englischer Angriff bei Farbus am Fuße des Ausläufers der Vimy-Höhe, 2 Kilometer südlich des Dorfes Vimy, scheiterte indessen vollkommen. Weiter südlich trugen die Engländer seit Mittag schwere Angriffe unter Einsatz dicker Massen und Sturmhaufen gegen unsere Linie an der Straße Arras-Cambrai vor, die sämtlich ergebnislos verließen und dem Gegner schwere Verluste kosteten. Ein Engländerneist wurde mit einem Verlust von 80 Toten für den Feind gesäubert. Südlich von Arras verjagte der Feind eine schon im Herbst 1915 für ihn verhängnisvoll gewordene Taktik zu wiederholen, indem er vorzeitig starke Kavalleriemassen ver sammelte. Sie wurden durch gutliegende Feuergraben zerstreut. Auch weiter südlich von Bullecourt wurde der Angriff zweier englischer Bataillone nach starker Artillerievorbereitung unter schweren Verlusten restlos abgewiesen und Befangene eingebracht.

Aus dem Bericht von Sir Douglas Haig geht hervor, welche besondere Wichtigkeit er den Vimy-Höhen beimisst. Er dürfte dort daher die schwersten Kämpfe erwarten. Bezeichnend ist es, daß er seinem eigenen Bericht zufolge gerade an dieser Stelle die kanadischen Hilfstruppen einsetzt.

Feindliche Kriegsberichte.

Englischer Heeresbericht vom 10. April. Während der Nacht wurde am nördlichen Ende des Vimyrückens, wo der Feind noch standhielt, heftig gekämpft. Der Feind ist aus der

Stellung geworfen worden. Ein Gegenangriff des Feindes mißglückte. Der Osthang des Vimyrückens wurde gesäubert und Gegenangriffe wurden zurückgewiesen. Unsere Truppen nahmen Kempong und die Verteidigungswerke nördlich und südlich von der Scarpe. Gestern wurden über 9000 Gefangene gemacht und 40 Kanonen erbeutet.

In der Gegend von St. Quentin wurde der Feind vom hochgelegenen Gelände zwischen Le Verguie und Harcourt vertrieben. Der Kampf dauerte auf der ganzen Front fort. Nach intensiver Beschichtung unternahm der Feind in der letzten Nacht auf einem schmalen Frontabschnitt südlich von Hpern einen heftigen Angriff. Er vermochte bis zu unseren Verbindungslinien durchzubringen, wurde aber unter Hinterlassung von Toten wieder vertrieben.

Englischer Heeresbericht vom 10. April. Unsere Operationen wurden trotz des schweren Schneesturms und dem im allgemeinen ungünstigen Wetter energisch fortgesetzt. Wir haben die Mäander von Monchy le Preux, fünf Meilen südlich von Arras erreicht und Farbus und das Gehölz von Farbus gesäubert. Heute nachmittag wurde am nördlichen Ende des Vimyrückens wieder hart gekämpft. Wir eroberten weitere wichtige Stellungen und nahmen eine Anzahl von Maschinengewehren und Befangenen. In der Richtung Cambrai haben wir unsere Linie nördlich des Dorfes Louviral vorgeschoben. Die Gegenangriffe, die der Feind an verschiedenen Stellen unserer Front versuchte, hatten keinen Erfolg. Die Zahl der von uns, seitdem gestern früh der Angriff begann, gemachten Gefangenen übersteigt jetzt 11 000 einschließlich 285 Offiziere. Wir erbeuteten auch über 100 Geschütze, darunter schwere Geschütze bis zu 8 Zoll Kaliber, 60 Laufgrabenmörser und 163 Maschinengewehre. Unsere Aeroplane vertriehten gestern beim Zusammengehen mit unserer Infanterie wertvolle Arbeit und vertriehten an mehreren Stellen mit Maschinengewehrfeuer unter feindlichen Verstärkungen Verluste. Luftangriffe wurden ausgeführt, bei denen auf einer großen Eisenbahnstation, die vom Feinde verwendet wird, eine Anzahl Treffer erzielt und drei Eisenbahnzüge zerstört wurden. In Luftgefechten wurden drei deutsche Aeroplane zerstört und vier andere zum Niedergehen gezwungen. Eine unserer Maschinen wird vermisst.

Französischer Heeresbericht vom 10. April nachmittags. Nördlich von der Dife zeigte die feindliche Artillerie eine geringere Tätigkeit als an den vorhergehenden Tagen; Vortrücken geschichte und Gewehrfeuer in der ersten Linie. Südlich von der Dife machten wir Fortschritte östlich vom unteren Walde von Couchy. Ziemlich lebhafter Artilleriekampf in der Gegend von Soissons, besonders im Abschnitt von Laffaux. Südlich von Reims wieser wir einen Handstreich auf einen unserer Gräben nördlich von Flichy ab. In der Champagne waren Handgranatensätze westlich von Reims-Be-Champagne.

Vom 10. April abends. Nördlich der Dife war die Artillerie auf beiden Seiten reger. Südlich der Dife führten unsere Batterien Zerstörerfeuer gegen die deutschen Werke östlich von Couchy aus. Südlich der Ailette beschoß der Feind unsere Stellungen im Abschnitt Neuville sur Margival heftig. Auf dem linken Ufer der Maas in der Richtung auf Bethincourt nahmen wir einen Eisenbahnzug unter Feuer unserer Geschütze und zerstörten ihn vollständig.

Politische Uebersicht.

Ein Plural-Proporzwahlrecht?

Von einem führenden nationalliberalen Reichstagsabgeordneten will der „Düsseldorfer Generalanzeiger“ erfahren, daß nach dem zu erwartenden Regierungsentwurf das neue preussische Wahlrecht ein Plural- und ein Proportional-Wahlrecht sein wird. Die feidgrauen Wähler werden eine Zusatzstimme bekommen, ebenso jene Wähler, die ein gewisses Alter überschritten haben oder einen bestimmten Bildungsgrad nachweisen können. Für die Großstädte, wahrscheinlich aber auch sonstige in bevölkerungsreichen Gegenden, in denen die Einwohner nach der Weltanschauung und nach den wirtschaftlichen Ansprüchen nicht einheitlich gegliedert sind, wird die Regierung den Minderheiten mit dem Proporz zu Hilfe kommen.

Ueber die Richtigkeit dieser Mitteilung läßt sich zur Stunde nur sagen, daß ihr Inhalt Gerüchten entspricht, die schon längere Zeit in politischen Kreisen kursieren. Wegen ein Proportionalwahlrecht, das ja eine alte sozialdemokratische Forderung ist, würde nichts einzuwenden sein, wenn wir auch nicht einzusehen vermögen, warum es nur auf Großstädte und bevölkerungsreiche Industriebezirke beschränkt sein soll.

Auf das schärfste zu bekämpfen wäre dagegen ein Pluralwahlrecht nach der Art des hier angedeuteten. Man wird von anderer Seite einwenden, daß ein antidemokratischer Zug im Prinzip nur der Pluralstimme auf die Bildung eigen sei. Die Zusatzstimme für die Feldzugsteilnehmer würde ja in der Tat, wo heute der letzte wehrfähige Mann im Felde steht, sich ziemlich gleichmäßig über alle Bevölkerungsklassen verteilen. Aber so sicher es ist, daß, sobald man überhaupt mit Bevorzugungen anfängt, die Feldzugsteilnehmer nicht übergangen werden dürfen, so unzweckmäßig ist die ganze Bevorzugung überhaupt.

Für ein Pluralwahlrecht gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder es bevorzugt die bestehenden Klassen gegenüber den Nichtbestehenden; alsdann ist es ein Klassenwahlrecht, von dem die Kaiserliche Osterbotschaft sagt, daß dafür in Preußen kein Raum mehr sei; oder aber es verteilt Pluralstimmen ziemlich gleichmäßig über alle Klassen, dann schafft es nur unnötige Erbitterung, und es wird zur vollendeten Sinnlosigkeit, für ein solches Wahlrecht dem Volk das von ihm verlangte gleiche Wahlrecht vorzuenthalten.

Es ist übrigens bemerkenswert, daß in demselben Augenblick, in dem diese Pluralwahlrechtsgerüchte auftauchen, sich in dem einzigen Bundesstaat, der ein Pluralwahlrecht besitzt, nämlich Sachsen, eine starke Strömung zu dessen Abschaffung geltend macht — und zwar gerade mit Hinblick auf die preussische Wahlreform! Wie die „Dresdener Neuest. Nachr.“ schreiben, wird durch die Wahlreform in Preußen auch die Reform der beiden sächsischen Kamern akut werden; wenn auch das sächsische Wahlrecht, das erst 1909 eingeführt wurde, sich bei der einmaligen Wahl nicht übel bewährt hat, so würde doch Sachsen die Klassifizierung, die in dem Kompromißwahlrecht steckt, nicht beibehalten können, sobald alle anderen Bundesstaaten ein freieres, volkstümlicheres Wahlrecht besitzen. — Solche Ausführungen zwingen die preussische Demokratie doppelt, auf der Forderung des gleichen Wahlrechts zu beharren.

Die Neuorientierung der kleinen Bundesstaaten.

Die Ankündigung der Wahlreform für Preußen ruft naturgemäß die Tatsache in Erinnerung, daß auch in einer Reihe kleiner norddeutscher Bundesstaaten ebenso reformbedürftige, ja noch schlimmere Verfassungszustände wie in Preußen bestehen. Ueber die Strömungen zur Reform des sächsischen Pluralwahlrechts sprechen wir an anderer Stelle. — Die Regierung des Herzogtums Braunschweig will sich offen-

bar dem Vorgehen der preussischen Regierung anschließen. Darauf deutet wenigstens die folgende vom Wolffschen Telegraphenbureau verbreitete Nachricht:

Wie erinnerlich, ist die im Jahre 1912 eingebrachte braunschweigische Wahlreform nach dreierlei erster Lesung dadurch unerledigt geblieben, daß mit 31 gegen 16 Stimmen ein Antrag des Abg. Glaser zur Annahme gelangte, der unter Festlegung einzelner Richtlinien die Beschaffung bestimmter Unterlagen für die sonstige Gestaltung des Gesetzes verlangte. — Von berufener Seite wird W. Z. B. mitgeteilt, daß die herzogliche Landesregierung stetig bemüht ist, die durch die Kriegsverhältnisse äußerst erschwerte Beschaffung der gewünschten Unterlagen zu erlebigen und daß sie, wie sie auch im Landtage wiederholt betont, die zeitgemäße Neuregelung des braunschweigischen Wahlrechts als die wichtigste ihrer Aufgaben erachtet, die sobald als möglich gelöst werden muß.

Dieses braunschweigische Wahlrechtsversprechen steht hinter dem preussischen dadurch erheblich zurück, da es keinerlei konkrete Ziele der Wahlreform nennt. Während hier aber wenigstens ein Anseh zur Reform eines äußerst rückständigen Wahlrechts gemacht wird, bleibt es einstweilen vollkommen still in dem Lande, das zurzeit nicht nur die rückständigste Verfassung aller deutschen, sondern aller europäischen Staaten besitzt — in Mecklenburg. Unser Mecklenburger Parteiblatt, die „Mecklenburgische Volkszeitung“, appelliert in dieser Situation an den Verfassungsausschuß des Reichstags:

Das mecklenburgische Volk muß von dem Verfassungsausschuß des Reichstags fordern, daß er, und zwar beschleunigt, reichsgerichtlichen Vorschriften für die Landtagzusammensetzung und Wahl in Mecklenburg den Weg bereitet. . . Und hier muß die Reichsgewalt für Mecklenburg die Zusammensetzung und das Wahlrecht vom Landtag vorschreiben; sie darf kein Loch lassen dafür, daß die mecklenburgische Landesgesetzgebung die Verfassungsreform macht! Denn das mecklenburgische Volk will keinen Reformersatz, es will wirkliche Reform durch Reichsgesetz!

In der Tat, wenn es schon bedenklich ist, dem preussischen Landtag die Aufgabe der Wahlreform zu überlassen, so ist es noch viel bedenklicher, die mecklenburgischen Stände mit einer gleichen Aufgabe zu betrauen. In Mecklenburg gibt es bekanntlich überhaupt keine Volksvertretung, sondern nur Landstände, bestehend aus den etwa 700 Rittergutsbesitzern des Landes, dazu ein paar Duzend Bürgermeistern der größeren Städte. Bisher hat sich dies Gebilde als unbeherrschbares Vollwerk gegen jeden, auch den bescheidensten Fortschritt erwiesen.

Erfindungen der Arbeitsgemeinschaft.

Genosse Scheidemann schreibt uns: In einigen Blättern der Arbeitsgemeinschaft wird ein „Interview“ veröffentlicht, das ich mit einem Vertreter der amerikanischen Presse über die russische Revolution gehabt haben soll. An verschiedene Bemerkungen, die mir in den Mund gelegt werden, werden überaus geistreiche Betrachtungen geknüpft. Ich stelle fest, daß ich auch nicht ein Wort des Unsinn gesagt oder geschrieben habe, der den Lesern der Arbeitsgemeinschaftsblätter vorgelegt worden ist.

Letzte Nachrichten.

Arbeiterrat und Regierung.

Bern, 11. April. Der Pariser „Temps“ meldet aus Petersburg: Die gebieterische und starrsinnige Haltung der Arbeiter- und Soldatenkomitees habe im Lande energische Proteste hervorgerufen, da man nicht zulassen wolle, daß sich ein Komitee in die Staatsangelegenheiten einmische. Der Druck von mehreren Seiten habe das Komitee veranlaßt, nunmehr eine vernünftiger Haltung anzunehmen, was auch aus einem Artikel des Organs des Komitees hervorgehe, das schrieb, die provisorische Regierung müsse die Exekutivgewalt ausüben, aber die Gewalt dürfe nicht unbeschränkt sein. Das Exekutivkomitee müsse sich der Kontrolle der ganzen Nation unterwerfen, damit Ausschreitungen gegen die nationale Freiheit vermieden würden. Das Arbeiter- und Soldatenkomitee wolle die Autorität der Regierung nicht schädigen, aber es sei notwendig, miteinander in Fühlung zu bleiben, um über die zu treffenden Maßnahmen zu beraten, welche nur nach einer vorherigen Uebereinstimmung zwischen der provisorischen Regierung mit dem Arbeiter- und Soldatenkomitee getroffen werden dürften. In mehreren lebenswichtigen Fragen sei bereits eine Einigung erzielt worden. Andere würden durch die konstituierende Versammlung erörtert werden. Bis dahin müsse sich die provisorische Regierung mit der Notwendigkeit gewisser Unannehmlichkeiten einer revolutionären Kontrolle abfinden.

Petersburg, 11. April. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Vollziehungsausschuß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten sprach sich gegen alle Strömungen aus, die das Befüge der Armee erschüttern könnten und nahm nach langen Erörterungen eine Entschlieung folgenden Inhalts an: Die provisorische Regierung möge der ganzen Welt erklären, daß Rußland zu seiner Verteidigung den Krieg so lange fortsetzen werde, als Deutschland und Oesterreich nicht erklären, auf Erörterungen verzichten zu wollen und zu Friedensverhandlungen ohne die Forderung einer Gebietsabtretung oder Kriegsschädigung bereit zu sein.

Die englische Presse zur Erklärung der russischen Regierung.

Amsterdam, 11. April. Aus London wird gemeldet: Die Proklamation der russischen Regierung hat die englische Presse ungeheuer verwundert. „Daily News“ weist darauf hin, daß die Proklamation im Widerspruch mit Miljukows Erklärung steht, worin verlangt wird, daß die Russen die Darbanellen und den Bosphorus beherrschen müßten und sich in den Besitz von Konstantinopel setzen würden. „Daily Mail“ betont, daß die Staatsmänner der Allierten besser täten, sich nun gut zu ver gewissern, ob Rußland Konstantinopel nötig habe oder nicht.

Die Neutralität Chiles.

Bern, 11. April. Depesche de Lyon meldet aus Santiago de Chile: In Regierungskreisen verhöhere man, Chile werde die Neutralität beibehalten, solange es nicht Gegenstand eines direkten Angriffes sei.

Zusammenstoß zweier Donaudampfer.

Budapest, 11. April. Der Dampfer Eringi der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft ist heute nacht in der Nähe von Budapest bei Alfoteny mit dem unbeladenen Dampfer Viktoria zusammengestoßen. Der Dampfer Eringi war auf der Fahrt nach Södungarn begriffen. Er hatte 600 Passagiere an Bord. Bei dem Unglück sind 50 bis 60 Personen ertrunken. Ein großer Teil der Passagiere, der sich in die Fluten stürzte, wurde von einem vorbeifahrenden Dampfer aufgenommen.

Mangelhafte Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Brandenburg.

Am Dienstag, dem 10. April, tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenverbände aller Richtungen, um sich mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge-Organisation in der Provinz Brandenburg zu beschäftigen. Das einleitende Referat hatte Reichstaatsabgeordneter Wels übernommen, der eine Übersicht über die Entwicklung der Kriegsbeschädigtenfürsorge-Organisation in der Provinz gab und sodann über die jüngsten Ereignisse innerhalb dieser Organisationen berichtete. Die Entwicklung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Brandenburg ist nach diesen Darlegungen eine durchaus unerfreuliche. Insbesondere fehlt es an der Heranziehung von Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in den Kreis- und Ortsausschüssen, die nach den Anweisungen der ministeriellen Verfügungen unter Heranziehung aller Berufsstände gebildet werden sollten. Selbst da, wo solche Ausschüsse gebildet worden sind, unterläßt man die Heranziehung der von den Arbeitern benannten Vertrauensmänner zu den notwendigsten Arbeiten. Eine Eingabe der Zentralleitungen der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Herrn von der Schulenburg, zur Herbeiführung einer Klärung, um eine Befestigung dieser Mängel herbeizuführen, blieb ohne Erfolg. Nachdem von Oktober 1915 bis Mai 1916 eine Antwort auf dieses Gesuch überhaupt nicht erfolgte, wurde dieses Verfahren in einer Sitzung des Landesbeirats am 9. Mai einer herben Kritik unterzogen, die zur Folge hatte, daß der Oberpräsident am 17. August an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Mitteilung gelangen ließ, daß er nunmehr die Absicht aufgegeben habe, die Antragsteller zu einer Besprechung zu empfangen; er werde vielmehr an der nächsten Sitzung des Landesbeirats persönlich teilnehmen, um in den Kreisen, in denen die Sache zur Sprache gebracht worden sei, seinen Standpunkt zur Kriegsbeschädigtenfürsorge-Organisation klar zu legen. Das Tempo, in dem die Angelegenheit sich weiter entwickelte, wird durch nichts drastischer illustriert, als durch den Umstand, daß trotz Mahnung die erste Sitzung des Landesbeirats endlich am 17. März 1917 stattfand und in ihr denn auch der Oberpräsident Gelegenheit nahm, seinen Standpunkt darzulegen. Einmütig war der Eindruck seiner Darlegungen bei allen Vertretern der Angestellten- und Arbeiterorganisationen der, daß der Oberpräsident mit seinen Anschauungen in direktem Gegensatz zu der sowohl von den leitenden Stellen des Reiches, als auch dem Leiter des Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge und dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg stand. Während alle diese Stellen die Einheitlichkeit der Organisation als notwendig anerkannten und mit den Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen darin einig waren, daß der Mangel jeglicher anordnender und vollziehender Gewalt einer durchgreifenden Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge unüberwindliche Hindernisse in den Weg legt, erklärte der Oberpräsident, daß er es ablehnen müsse, reglementierend oder schematisierend in die Organisation der einzelnen Kreise und Orte einzugreifen. Die Schaffungsfreudigkeit der betreffenden Kreise würde unter derartig unbegründeten Eingriffen der Staatsbehörden in die Verwaltung leiden. Er müsse es auch ablehnen, den betreffenden Stellen Vorschläge zu machen, die ihm durch Anträge von Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gemacht würden. — In der Sitzung des Landesbeirats wurde dieser Anschauung durch die Vertreter aller Organisationsrichtungen sofort widerprochen. Die Vertreter der Organisationen einigten sich dahin, die Erklärung abzugeben, daß

ein Beharren in dem jetzigen Zustand der Kriegsbeschädigtenfürsorge-Organisation dazu führen müsse, daß die Arbeiter und Angestellten ihre Vertreter aus dem Landesbeirat zurückzögen. Sie würden ihren Organisationen die Frage zur Prüfung unterbreiten. In der Aussprache, an der sich Herr Müller vom Deutschen Technikerverband, Streiter von den christlichen Gewerkschaften, Fziel vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband, Jordan vom Verband der deutschen Gewerksvereine, Urban von der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Angestellten sowie Verfänger von der Berliner Gewerkschaftskommission verteidigten, trat die völlige Einmütigkeit in der vom Referenten geäußerten Kritik zutage. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge müsse so schnell als möglich ausgebaut werden. Mit Friedensschluss müsse dieser Ausbau vollendet sein, denn dann habe sie die schwersten Kräfteproben zu bestehen. Notwendig sei die reichsgerichtliche Regelung der Organisation, wie sie bereits von der Konferenz der Gewerkschaften und der Angestelltenorganisation zu Köln a. Rh. im August 1916 beschlossen worden sei. Der Standpunkt des Ministeriums des Innern vom Jahre 1915, daß es sich in die freie Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge nicht einmischen könne, sei unhaltbar. Ohne den Druck einer anordnenden Gewalt leide die Organisation, sie sei dann lediglich ein dekoratives Nachwerk, sie habe dann keinen praktischen Wert für die wichtigsten Fragen der Fürsorge, die Berufsberatung, die Arbeitsunterweisung und die Arbeitsvermittlung. Mit ihrer Durchführung aber sieht und läßt nicht nur für die Organisation der Arbeiter und Angestellten, sondern für die Kriegsbeschädigten selbst der Wert der Fürsorge, lediglich der dekorativen Wirkung wegen könnten die Organisationen sich an dieser Arbeit nicht beteiligen. Es sei ihnen unmöglich, die Verantwortung für die Organisationen mitzutragen, wenn nicht eine durchgreifende Aenderung der Grundlagen der Organisation baldigst erfolge. Die passive Resistenz, die insbesondere von den Landräten geübt wird, bedeutet eine schwere Schädigung der Interessen der Kriegsbeschädigten, die nicht anders als durch die gesetzliche Regelung der Fürsorgeorganisation beseitigt werden kann. Die Konferenz beschloß in vollster Einmütigkeit einen öffentlichen Appell an die zuständigen Stellen. Insbesondere erwarte sie von den Verhandlungen des Reichstages eine Förderung der reichsgerichtlichen Regelung, die angesichts der langen Dauer des Krieges und der ungeheuren Zahl der Kriegsbeschädigten zu einer Pflicht für das Reich wird, die es nicht dem guten Willen und dem mehr oder weniger mangelnden sozialen Verständnis unterer und mittlerer Verwaltungsorgane überlassen kann, wie die Kriegsbeschädigtenfürsorge durchzuführen sei. Einmütig wurde folgende Entschließung angenommen: „Da die freiwillige Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge sich in über zweijähriger Tätigkeit durch den Mangel jeglicher anordnender und vollziehender Gewalt als völlig ungeeignet erwiesen hat, sowohl ein über das Reich länderlos geschlossenes Reg. von Fürsorgeorganisationen überhaupt zu schaffen, als auch die dargelegten, für das Wohl der durch den Krieg und für das Reich an ihrer Erwerbstätigkeit geschädigten Volksgenossen unbedingt erforderlichen organisatorischen Einrichtungen zu treffen, fordert die gemeinschaftliche Konferenz der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen die reichsgerichtliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge-Organisation. Bis zu deren Durchführung fordert sie die Heranziehung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen zu den Arbeiten der Kreis- und Ortsausschüsse der Provinz Brandenburg, anstelle der bisherigen Ausschüsse der von diesen Verbänden benannten Vertrauensmännern. Ein weiteres Bestehen des bisherigen unbefriedigenden Zustandes würde die gesamte Organisation zwingen, ihre Vertretungen im Landesbeirat der Provinz Brandenburg zurückzuziehen.“ Charakteristisch für die Durchführung der Organisationen ist die Tatsache, daß zahlreiche Vertrauensleute der freien Gewerkschaften mit der stereotypen Redewendung von der Mitarbeit ausgeschlossen werden,

daß die Befürchtung bestehe, durch die Heranziehung ihrer Person könnten „andere als sachliche Momente“ in die Kriegsbeschädigtenfürsorge hineingetragen werden.

Bewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Asphaltreure in Leipzig.

Im Jahre 1918 hatten sich die im Asphaltstraßenbau, in Pappbedachungs-, Isolierungs- und Gipsasphaltierungsarbeiten beschäftigten Asphaltreure und Hilfsarbeiter den Tarifvertrag erlangt, 1916 wurde der Tarif bis zum 31. März 1917 erneuert. Die Arbeiter kündigten den Tarif am 31. Dezember 1916. Am 3. März 1917 wurden die neuen Forderungen eingereicht. Es wurden Stundenlöhne von 60, 65 und 85 Pf. verlangt; ebenso Erhöhung der Auslösung bei Arbeiten, die außerhalb des Baukreises der Stadt Leipzig liegen. Die Unternehmer erklärten darauf, daß sie zu den bis zum 31. März 1917 gültigen Lohnsätzen ab 1. April eine Feuerungszulage von 3 Pf. für die Hilfs- und Vorarbeiter gewähren wollten. Die Arbeiter konnten dieses Angebot indessen nicht befriedigen. Sie forderten in einer weiteren Eingabe zu den bisherigen Lohnsätzen eine Lohnenerhöhung von 5 Pf. für die Handarbeiter, für die geschulten Hilfsarbeiter und Vorarbeiter je 10 Pf.; außerdem für alle Arbeiter eine Feuerungszulage von 7 Pf. Darauf erhöhten die Unternehmer ihr erstes Angebot, die Feuerungszulage von 3 auf 6 Pf. An dieser Feuerungszulage sollten alle Arbeiter beteiligt sein. Die Arbeiter wünschten nunmehr eine mündliche Verhandlung. Obgleich die Unternehmer erklärten, weitere Zugeständnisse nicht machen zu können, waren sie dennoch zu einer mündlichen Besprechung bereit. In einer Verhandlung am 5. April, an der auch ein Mitglied des Hauptvorstandes des Zentralverbandes teilnahm, wurde nach mehrstündiger Verhandlung folgende Einigung erzielt. Ab 1. April 1917 erhalten die Handarbeiter eine Lohnenerhöhung von 2 Pf.; die geschulten Hilfsarbeiter und Vorarbeiter eine solche von 6 Pf. Hieraus kommt noch eine Feuerungszulage von 6 Pf. für alle Handarbeiter, geschulten Hilfs- und Vorarbeiter. Die Lohnsätze erhöhen sich demnach bei den Handarbeitern um 8, bei den geschulten Hilfs- und den Vorarbeitern um 12 Pf. Für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren und Invaliden erfolgt die Festlegung der Löhne nach persönlicher Vereinbarung. Die Auslösung wird auf 3,50 M. erhöht, gezahlt wird sie bei auswärtigen Arbeiten, bei denen Übernachtung stattfindet; wo Übernachtung nicht stattfindet, wird Fahrgehalt und Fahrzeit bezw. Wegezeit bezahlt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wurde eine Kommission, bestehend aus drei Unternehmern und drei Arbeitern bestimmt.

Ausweissbücher für Heeresnäharbeiten.

Nach der Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 2. Februar 1917 galten die Ausweissbücher nur für den Bezirk desjenigen Armeekorps, in dem sie ausgestellt waren. Der § 7 der Verordnung ist nun dahin abgeändert, daß die Ausweissbücher für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg gelten. Hiernach ist es gleichgültig, wo der Inhaber des Ausweissbuches wohnt, er kann überall in der Provinz Brandenburg auf das ihm ausgestellte Buch Heeresnäharbeiten annehmen und anfertigen.

Verantwortlich für Volltitel: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Zohls, Reutlin; für Inserate: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Bornharts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co Berlin SW.

Stierin I Beilage und Unterhaltungsblatt.

Damen-Bacffisch & Kinderkleidung



C&A

BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Königstr. 33

Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113

Beim Stettiner Bahnhof



Der Osterdrang hat erneut gezeigt, daß es in hohem Maß gelang, die Gunst des Publikums uns zu erringen.

Die Frage nach dem „Wie?“ ist leicht geklärt:

„Wer vieles bringt, „Wird manchem etwas bringen!“

Ein Verband der Kriegsbeschädigten.

In Essen, dem Ausgangspunkt der Organisation für Kriegsbeschädigte, fand am Nachmittag des 7. April eine Zusammenkunft von Vertretern der wirtschaftlichen Vereinigungen...

Der Verbandsvorsitzende Hans Adorf eröffnete die Verhandlungen mit einem Vortrag über den Gründungszweck...

Der Drang, sich zu organisieren, sei bei den Kriegsbeschädigten groß, aus einem starken Bedürfnis heraus geboren...

Um die ganze Kette von Hemmnissen zu sprengen, habe man an den Kaiser und an Hindenburg geschrieben...

Der 2. Vorsitzende Kupper & Krefeld ergänzte als Vorkämpfer den Bericht über die Berliner Reise...

Steingraber führte aus, man habe in Sachsen dieselben Kämpfe mit den Behörden zu bestehen gehabt...

Aus Gladbeck wurde berichtet, daß der Amtmann Kriegsbeschädigte zu dem Ausschuss herangezogen habe...

Dr. jur. Kunsmann, Schriftleiter der „Deutschen Blätter für Kriegsverletzte“ in Leipzig führte aus: Die militärische Fürsorge stelle sich viel eher auf den Standpunkt der Vereinigungen als die amtliche bürgerliche Fürsorge...

Adorf betonte nach den großen Wert, der auf die Berufsberatung durch Fachleute zu legen sei; ein Stadtverordneter mit dem Stadtschreiber und dem Gewerbeinspektor könnten praktische Berufsberatung nicht ausüben...

Die Lohnfrage müßte ebenfalls durch die Berufsvereine in Verbindung mit den amtlichen Stellen geregelt werden...

Weiter wurde die Notwendigkeit von Beratungs- und Anzeigeanstalten betont, wie auch die Schaffung einer Unterhaltungsstelle, deren Schaffung noch als Schwierigkeit stehe...

Krankensicherung infolge der Karenzvorschriften nicht erfasst wird. Auch hier müsse Hilfe geleistet werden.

Ferner seien Arbeitsgenossenschaften für Heimarbeiter notwendig, um den Arbeitern die erforderlichen Rohmaterialien zu liefern und ihnen Abgabebüro zu beschaffen.

Zur Verbesserung des Mannschafsvorwärtungsgebiets wolle man sämtlichen Parteien mit Material an die Hand gehen. Die Ver-



Allerlei verbürgte Tatsachen

Das Deutsche Reich hat sich verpflichtet, den hohen Zinssatz seiner Kriegsanleihen vor dem Jahre 1924 nicht herabzusetzen. Selbst nach dieser Zeit muß dem Inhaber zuvor Zurückzahlung zum vollen Nennwert angeboten werden...

Weder Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art, noch Beschlagnahmungen von Sparbänken und Bankguthaben sind beabsichtigt oder auch nur in Aussicht genommen...

Eine Sondersteuer auf die Kriegsanleihe wird niemals erhoben werden. Es ist eine hinverbrannte Torheit, zu glauben, das Reich würde denen, die ihm in schwerer Not geholfen haben, dafür sogar noch eine Strafe auferlegen...

Die Darlehnskassen werden nach dem Krieg noch eine Reihe von Jahren - mindestens vier oder fünf - bestehen bleiben und für die Beleihung von Wertpapieren zur Verfügung stehen...

Ein Kursniedergang, der mit dem inneren Wert der Kriegsanleihen nicht übereinstimmt, wird niemals eintreten. Es sind wirksame Vorkehrungen getroffen und gründliche Maßnahmen vorbereitet...

Du hast also keinen Grund ängstlich zu sein und dein Geld brachliegen zu lassen. Dein deutsches Vaterland ist der sicherste Schuldner der Welt. Zeichne Kriegsanleihe!



einigungen wollen nicht über dies und jenes schimpfen, sondern ausdauernd und reformierend wirken.

Als Verbandsorgan wurden die „Deutschen Blätter für Kriegsverletzte“ bestimmt, die ab 1. Mai unter dem Titel „Der Kriegsbeschädigte“, wie bisher allwöchentlich, zum Preise von 1,20 M. vierteljährlich erscheinen...

Das 5 umfängliche Programm des Verbandes wurde einstimmig gutgeheißen.

In der Diskussion wurde von dem Vertreter für Dortmund eine Ausdrucksweise gewünscht über die vermutlichen Gründe des ablehnenden Verhaltens der Gewerkschaften. Ein anderer Redner betonte, man habe gegenüber den Gewerkschaften einen schweren Stand...

Wesentlich des Verbots der öffentlichen Versammlung am Donnerstag wurde mitgeteilt, daß ein Telegramm des Staatskommissars der Kriegswohlfahrtspflege eintraf...

Unter den verlesenen Begrüßungstelegrammen und Antworten auf die Einladungen wurden auch die Grüße der „Sozialdemokratischen Feldpost“ beifällig erwähnt...

Bei der Wahl des engeren Vorstandes wurden die bisherigen provisorischen Mitglieder des Verbandsvorstandes meist wiedergewählt. In den erweiterten Vorstand können die größeren Ortsgruppen einen Vertrauensmann wählen...

Die Beratung der Satzungen war ungenügend vorbereitet und wurde daher an die Ortsgruppen zurückverwiesen. Insbesondere zeitigte die Festlegung des Verbandsbeitrags von vierteljährlich 1 M. aus den örtlichen Beiträgen von monatlich 50 Pf. eine längere Debatte...

Über die Rechtsauskunft berichtete der Verbandskassierer Girtel aus Krefeld, daß man bei der Anwaltskammer einen dortigen Rechtsanwalt angefeindet habe, weil er Kriegsbeschädigten unentgeltlich Auskunft erteilt...

Am 8 Uhr abends schloß der Vorsitzende den Delegiertentag mit der Erklärung, mit der Zeit werde man alle Stellen davon überzeugen, daß der Verband nur das rein Menschliche wolle...

In der öffentlichen Versammlung am Sonntag vermehrte der Vorsitzende den großen Gästekreise. Die erst am Abend zuvor erlangte Erlaubnis zur Abhaltung, wie auch die ablehnenden Artikel in der Tagespresse hätten einen starken Besuch verhindert...

Parteinachrichten.

Über Auslandskonferenzen der Vertreter der sozialistischen Parteien bringen bürgerliche Blätter seit täglich Meldungen, die mit größter Vorsicht aufzunehmen sind...

Groß-Berlin

Ausdehnung der Volksspeisung.

Die am nächsten Montag einsetzende Herabminderung der Brotration wird uns zwingen, unsere Ernährung in bedeutendem Maße abzuändern. Waren wir bei dem Kartoffelmangel der letzten Zeit hauptsächlich darauf angewiesen, Brot, ein fertiges Produkt, zu konsumieren...

Jedoch die Beschaffung der Materialien für die warmen Mahlzeiten ist unsäglich schwer. Mit dem verdoppelten Fleischquantum ließe sich zur Not, entsprechend den bisherigen Gepflogenheiten, noch auskommen...

Deshalb wird ein großer Teil der Bevölkerung, und nicht nur die Bediigten, gezwungen sein, in erhöhtem Maße die Volksspeisung in Anspruch zu nehmen...

Die Entwicklung abwarten. Mitteilungen über die Einführung der Abendspeisung hat bisher keine Gemeinde erlassen. Sicherlich stellt die Abendspeisung große Anforderungen an die Gemeinden. Ohne die Einrichtung des Nachbrotverkehrs wird man in den Vororten kaum dabei auskommen...

Die Preise für die neue billige Fleischzulage.

Der Berliner Magistrat gibt die Kleinhandelspreise für Rindfleisch und für die auf städtische Fleischkarte zu bezahlenden Preisen abzugebende Fleischzulage bekannt:

Es kostet vom 16. April ab: 1 Pfund Rinderknochen 0,25 M.

Auf städtische Fleischkarte:

1/2 Pfund Fleisch (250 Gramm Schlachtwiechfleisch mit eingetrockneten Knochen oder 200 Gramm schieres Fleisch oder Knochen):

I. Rindfleisch:

Leber 0,90 M.; Knochenfleisch mit eingewachsenen Knochen 0,60 M.; Schmorfleisch ohne eingewachsene Knochen und ohne Knochenbeilage (Keule und Bug) 0,65 M.; Zunge mit Schlund 0,33 M.; Zunge ohne Schlund, auch gepöfelt 0,70 M.; Schwanz 0,10 M.; die übrigen Fleischteile (eingetrocknete Knochen und Knochenbeilage dürfen nicht mehr als ein Fünftel des Gewichtes ausmachen) 0,35 M.; Gehacktes 0,40 M.

II. Kalbfleisch:

Rücken und Keule mit Hare, Brustspitze ohne Hals, ohne Nachbrust und ohne Füllung 0,20 M.; fette Kalbfleisch ohne Knochen, auch Schmelz 0,45 M.; Zunge mit Schlund 0,10 M.; Zunge ohne Schlund 0,30 M.; Kalbfett, roh 0,70 M.; Kalbfett, ausgelassen 1,20 M.; die übrigen Fleischteile 0,10 M.

III. Hammelfleisch:

a) für Fleisch von fettem und vollfleischigem Schafvieh (Tiere der vom Zentralviehhändlerverband festgesetzten Lebendgewichtsklassen 1-3) — mit blauem Stempel: Keule, Rücken, dicke Rippe 0,75 M.; Lammung, Hals und Vorderbein 0,35 M.; b) für Fleisch von magerem Schafvieh (Tiere der vom Zentralviehhändlerverband festgesetzten Lebendgewichtsklassen 4 und 5) — mit rotem Stempel: Keule, Rücken, dicke Rippe 0,40 M.; Lammung, Hals und Vorderbein 0,10 M.; Zunge mit oder ohne Schlund 0,10 M.

IV. Schweinefleisch:

Schmelz und Filet 0,45 M.; Rückenfett, Lenden und Widerrist 0,40 M.; fetter Schinken mit Hinterbein 0,20 M.; Rippenspeck, Kamm und Schutt 0,25 M.; Bauch, Blatt, Querrippe vom Rippenspeck 0,10 M.; Wade 0,10 M.; Zunge mit oder ohne Schlund 0,10 M.; Weim Verkauf vorstehender Schweinefleischsorten dürfen besondere Preisgaben nicht zugewogen werden. Dißbein 0,10 M.; Spinebein 0,10 M.; Kopf ohne Fettschale 0,10 M.

1 Pfund Wurstwaren oder Eingeweide (gegen 250 Gramm Fleischkarte):

a) Fleischwurst:

Frische Muthurst mit Semmelzusatz 0,60 M.; frische Leberwurst mit Semmelzusatz 0,60 M.; frische Bratwurst, mit Wasser abgerieben, und Saurischn 1 M.; andere Bratwurst aus grobgeriebenerm Fleisch 1,20 M.; Brühwurst (Rohwurst, Knoblauchsurst, Wiener, Jauerische, Dresdener, Frankfurter Würstchen) 1,20 M.

b) Eingeweide:

Rinderherz 0,50 M.; Rinderleber 1,20 M.; Rindermilch 1 M.; Kalbslunge und Herz zusammen 0,40 M.; Kalbsmilch 2,20 M.; Kalbsleber 2,20 M.; Hammelherz 0,50 M.; Hammelleber 1,20 M.; Schweineherz 0,40 M.; Schweineleber 1,20 M.; Schweinemilch 0,20 M.

Verteilung des Kaffee-Ertrages für Groß-Berlin.

Mit dem heutigen Tage tritt zu der Zahl von Lebensmittelkarten, die in den Händen des Publikums befindliche „Kaffee-Ertragskarte“ hinzu. In Berlin, den fünf Nachbarstädten und den Kreisen Teltow und Niederbarnim werden, nachdem nunmehr auch die Aufsichtsbehörden ihre Zustimmung erteilt haben, Karte zu gleicher Zeit ihrem Inhalt nach übereinstimmende Verordnungen veröffentlicht, welche die Regelung des Verkehrs mit Kaffee-Ertrag im einzelnen zum Gegenstand haben. Danach kann Kaffee-Ertrag fasten ohne Karte nicht mehr bezogen werden. Bei der neuen Karte, für welche innerhalb des gesamten in Frage kommenden Gebiets unbeschränkte Freizügigkeit besteht, wird zum erstenmal in größerem Maßstabe das vom Kriegsernährungsamt unlängst empfohlene System der sogenannten fliegenden Kundenliste zur Anwendung gelangen. Eine Eintragung des Käufers in eine Liste, wie dies z. B. Voraussetzung zum Bezuge von Fleisch oder Butter ist, erübrigt sich dabei.

Die Karte zerfällt in eine Anzahl mit gleichlautenden Nummern versehene Bestells- und Empfangsabchnitte. Da der Abschnitt Nr. 1 in einer Reihe von Kaffee-Geschäften seit einiger Zeit schon dem Publikum zu Unrecht abgefordert worden ist, so ist dieser vollständig für ungültig erklärt worden. Der Bestellschein Nr. 2 muß von jedem, der Kaffee-Ertrag zu beziehen wünscht, bis spätestens nächsten Sonntag bei einem bestimmten Kleinhändler abgegeben werden. Zur Entgegennahme des Abschnitts sind nur solche Geschäfte berechtigt, die schon früher mit Kaffee-Ertrag gehandelt haben; sie werden durch Plakate kenntlich gemacht werden. Der Kleinhändler hat den Bestellschnitt 2 sowie den entsprechenden Empfangsabchnitt mit seiner Firma zu versehen und den Bestellschnitt zunächst an sich zu nehmen. Die Abgabe des Bestellschnitts berechtigt somit noch nicht zur Entnahme von Ware, sondern bedeutet vorerst lediglich eine Anmeldung zum Bezuge derselben.

Vom 23. d. M. ab wird in den Kleinhandels-Geschäften der Kaffee-Ertrag gegen Abgabe des Empfangsabchnitts 2 bezogen werden können. Bis zu diesem Zeitpunkt tritt im Interesse einer möglichst gleichmäßigen und geregelten Versorgung der Bevölkerung eine völlige Verkaufsperre ein. Auch die gutzeit in den einzelnen Geschäften lagernden Mengen dürfen also vor dem 23. April nicht verkauft werden. Die Einheitsmenge, die auf den einzelnen Verbraucher entfallen wird, beträgt 1/2 Pfund. Es ist Vorzorge dafür getroffen, daß jede einzelne Person diese Menge auch wirklich erhalten wird. Wenn die nächsten Zulassungen erfolgen werden, hängt ganz von der Rohstoffbelieferung durch die Reichsstellen ab. Es ist jedoch mit mindestens vier- bis sechs-wöchentlichen Abständen zu rechnen und möglichst sparsamer Verbrauch daher anzuraten.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf Abschnitt 61 der Lebensmittelkarte entfällt je 1/2 Pfund Sauerkraut. Der Abschnitt ist nur in den durch ein Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften spätestens am 14. April abzuliefern. Da das Sauerkraut von auswärts bezogen wird, läßt es sich nicht ermöglichen, alle Händler gleichzeitig zu beliefern. Es wird daher jeder Händler mit dem Verkauf beginnen, sobald er Ware hat.

Diejenigen Selbstversorger mit Wintervorrat an Kartoffeln, die ihren Vorrat aufgebraucht haben und erstmalig wieder Kartoffelkarten erhalten, müssen diese Karten mit dem Stempel „Nachanmeldung“ auf ihrer Protokommissten versehen lassen, damit sie sich in die Kundenliste eines Kleinhändlers eintragen lassen können.

Demnächst kommt wiederum Kriegsmus, und zwar vorwiegend in einer Menge von 250 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Klagen, die bei der vorigen Verteilung gegen den Geschmack dieses Brotzusatzmittels vorgebracht wurden, haben bekanntlich den Magistrat veranlaßt, eine eingehende Untersuchung über die Zusammensetzung des Kriegsmus anzustellen. Diese hat ergeben, daß vom gesundheitlichen Standpunkt aus nichts zu ermitteln war. Allerdings läßt der Geschmack infolge mangelhafter Verarbeitung der Rüben bei einem Teil der Ware zu wünschen übrig. Für die diesmalige Verteilung sind die Fabriken, deren Erzeugnisse benämigt wurden, von der Verteilung ausgeschlossen worden. Es bereitet im übrigen keinerlei Schwierigkeit, den Geschmack des Kriegsmus je nach Belieben durch Zusatz von Zitronensaft (mit dem zusammen das Mus unter Umständen noch besonders aufgelockert werden kann) zu verändern.

Kriegsbier.

Die Berliner Brauereien werden in wenigen Wochen ein leichtes „Einfachbier“ erzeugen, das vorwiegend dem Markt beherrschend wird. Wie dem „V. Z.“ mitgeteilt wird, ist dies Getränk ein vollkommen normales Lagerbier, das aber infolge der geringeren Malzanteile bedeutend gestreckt wird. Ergänzungsmittel, die gewöhnlich aus Säuflös, Kohlenäure, etwas Stärke und dergleichen bestehen, dürfen von den Brauereien nicht zugefügt werden. Durch eine Verordnung ist der Höchstpreis auf 20 M. für 100 Liter festgesetzt. Die Festlegung von Ausnahmepreisen ist den Gemeinden überlassen. Vorläufig hat das Kriegsernährungsamt nicht die Absicht, eine einheitliche Regelung des Kleinverlaufspreises durchzuführen. Die Ausgaben der Birte für Mieten, Ausstattung, Konzerte usw. sind so verschieden, daß man von einem Höchstpreis abläßt. Die Preisprüfungsstellen wurden indessen angewiesen, darauf zu achten, daß ein angemessener Preis für das Einfachbier, der im Durchschnitt für 1/10 Liter in Berlin etwa 20 Pf. betragen dürfte, nicht überschritten wird.

Reisebrotmarken. Nach einer Mitteilung des Charlottenburger Magistrats ist die Gültigkeitsdauer der z. Z. geltenden Reisebrotmarken bis zum 15. Mai verlängert worden. Jedoch schon vom 15. April ab werden nicht mehr 250 Gramm, sondern nur noch 200 Gramm Brot pro Tag auf Reisebrotmarken an Reisende abgegeben. Ferner darf in Groß-Berlin auf Reisebrotmarken kein Mehl mehr abgegeben werden.

Bezugscheinerereien.

In Nr. 35 berichteten wir, daß die Bezugscheinausfertigungsstelle in der Zellestraße bei vorchriftsmäßig schriftlich eingereichten Anträgen auf Bezugscheine für Schuhwaren in zwei uns bekannt gewordenen Fällen die Annahme verweigert hat, so daß die Briefe an die Absender zurückgehen mußten. Jetzt teilt eine Leserin unseres Blattes uns mit, daß es ihr bei dieser Ausfertigungsstelle sogar zweimal hintereinander passiert ist, ihren schriftlichen Antrag auf einen Bezugschein für Hausschuhe mit dem Vermerk „Annahme verweigert“ zurückzuerhalten. Das erstmal schickte sie den Antrag am 22. März ab, gleich am dem Tage, an dem die Bekanntmachung herausgekommen war, daß Schuhwarenbezugscheine fortan schriftlich zu beantragen seien. Der Brief trug die deutliche Aufschrift „An die Ausfertigungsstelle für Bezugscheine, Zellestr. 12“, aber die Ausfertigungsstelle gab ihn ungeöffnet — die Post zurück, die ihn dann öffnete und der Absenderin zurückstellte. Diese schickte am 27. März einen zweiten Brief mit derselben Aufschrift ab, aber auch der wurde von der Ausfertigungsstelle ungeöffnet zurückgegeben und danach von der Post der Absenderin ausgehändigt. Warum zweimal die Annahme verweigert wurde, ist ihr rätselhaft.

Angeichts dieser Scherereien, durch die dem Publikum nicht nur Zeitverlust und Kosten verursacht, sondern auch Verzögerung in weiten Kreisen hervorgerufen wird, wäre es dringend erforderlich, daß die Vorkaufsstelle des Magistrats sich ungewöhnlich darüber äußert, ob das von der genannten Ausfertigungsstelle geübte Verfahren etwa den amtlichen Vorschriften entspricht.

Die neue Deputation für den Arbeitsnachweis. Für die Bildung der neuen Deputation für den Arbeitsnachweis, deren Wirkungskreis erweitert werden soll, empfiehlt der Berliner Magistrat der Stadtverordnetenversammlung 10 Bürgerdeputierte, und zwar 5 aus gewerblichen Arbeiterkreisen und 5 aus Arbeiterkreisen zu wählen. Dazu sollen 5 Magistratsmitglieder und 10 Stadtverordnete kommen, so daß diese Deputation aus 25 Mitgliedern bestehen wird.

Reinrichtung einer Ausfertigungsstelle für Bezugscheine. Vom 16. April wird die 11. Ausfertigungsstelle für Bezugscheine, Zellestraße 12 (umfassend die Stadtbezirke 178—181) geteilt. Die Stadtbezirke 179, 180 und 181 B und D verbleiben dieser Ausfertigungsstelle, während für die Stadtbezirke 178 und 181 A, C, E, F, G, H, J und K eine neue Ausfertigungsstelle mit der Bezeichnung „31. städtische Ausfertigungsstelle für Bezugscheine“ eingerichtet wird, die ihren Sitz in der Frankfurter Allee 37 erhält.

Humanitäre Gemeinde. Sonntag, den 15. April, nachmittags 5 Uhr, findet in der Aula der Friedrich-Werderischen Oberrealschule, Wiedenwallstr. 12, ein Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Fenzig über: „Religionsunterricht der Dissidenten“ statt. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

„Ertappte Weichheitsmacher und Fleischwucherer.“ In dieser Notiz in unserer Dienstag-Kolumne erklärt der Inhaber des Schaufachgeschäftes Schulstr. 24, Ede Raystraße, Herr Hermann Kemmer, daß er mit dem Schankwirt an der Ecke der Schul- und Raystraße, der gestohlenen Schinken, Speck usw. verkauft haben soll, nicht identisch ist.

In seiner Laube einsam gestorben ist der 49 Jahre alte Arbeiter Ludwig Wehrendt aus der Reinickendorfer Straße 103. Der Mann kam in der Nacht zu gestern nicht nach Hause. Seine Wirtin ging deshalb nach seiner Laube in der Soeststraße, wohin er sich abends vorher begeben hatte, und fand ihn dort tot liegen. Wahrscheinlich hat ihn der Schlag gerührt.

Weniger Monate tot in ihrer Wohnung gelegen hat die 68 Jahre alte Aufwärterin Witwe Pauline Paplaff aus der Reher Straße 20. Die Frau wohnte nach dem Tode ihres Mannes und der Einkerkerung ihres Sohnes für sich allein. Schon seit Ende Dezember sah man sie nicht mehr, man glaubte jedoch, daß sie zu Verwandten gereist sei. Als gestern der Hauswirt öffnen ließ, fand man sie tot in der Wohnung liegen. Die Leiche war ganz verwest. Die Frau ist wahrscheinlich schon Ende Dezember am Herzschlag gestorben.

Der Diebstahl in der Jubiläumsturnhalle in Spandau, bei dem den Tätern, wie gemeldet, 35 000 M. in die Hände fielen, ist jetzt zum Teil aufgeklärt worden. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß der Einbruch von drei Personen verübt worden ist. Zwei der Beteiligten konnten bereits festgenommen werden. Es sind dies ein Arbeiter Schwalbe und ein Schlosser Dietrich aus Berlin. Die Verhafteten gehen zu, an dem Einbruchdiebstahl teilgenommen zu haben, wollen jedoch selbst das Opfer des dritten Täters geworden sein. Schwalbe und Dietrich haben nach ihren Befundungen die Gelegenheit zu dem Diebstahl ausbaldowert und im Tiergarten-lasse einen Komplizen, der die Tat ausführen sollte, gesucht und gefunden. Dieser Mann, den die beiden festgenommenen nicht näher kennen wollen, soll nun ohne Wissen der beiden allein den Einbruch verübt haben, so daß Schwalbe und Dietrich, als sie zur festgesetzten Zeit am Latorte erschienen, das Raubsehen hatten. Die Polizei steht diesen Angaben der Verhafteten allerdings sehr mißtraulich gegenüber. Von dem gestohlenen Gelde konnte bisher noch keine Spur entdeckt werden. Auf die Wiederbeschaffung der Summe ist bekanntlich eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden.

Brandstiftung? Zum dritten Male binnen kurzer Zeit wurde gestern Abend die Feuerwehre nach der Dransenstr. 31 alarmiert. Dort brannte es abermals in den Räumen der Heilsarmee. Es standen u. a. das Podium und ein Harmonium in Flammen. Die Feuerwehre mußte tüchtig löschen, um die Gefahr zu beseitigen. Diese Brände haben regelmäßig abends stattgefunden. Sie lassen mit den begleitenden Umständen den Schluß zu, daß Brandstiftungen vorliegen.

Kreis Teltow. An die Landleute wendet sich Landrat v. Achenbach in einem Aufruf, worin es unter Hinweis auf die jetzigen Übergangsschwierigkeiten bis zur neuen Ernte heißt: „Trotzdem müssen und werden wir bis zur neuen Ernte durchhalten. Dazu gehört aber, daß jeder Landmann und jede Landfrau im Gedulden an unsere Krieger und Küstungsarbeiter ihre Ablieferungspflicht voll erfüllen und sich und die Ihrigen, wenn es sein muß, denselben

Entbehrungen unterwerfen, die der Städter ertragen muß. Leider sind mehrere Einzelsfälle bekannt geworden, wo Landleute Getreide, Kartoffeln oder sonstige Erzeugnisse, die sie abzuliefern verpflichtet waren, entgegen dem Gesetz selbst verbraucht und verfälscht haben und wo sie, um das weiter tun zu können, bei den letzten Bestandsaufnahmen Vorräte verheimlichte oder gar arglistig verstedt haben. Diese Leute sehen ihrer Verstrafung entgegen. Sie haben sich schwer am Vaterlande veründigt. Knapp wird die Nahrung der Landleute bei ihrer schweren Arbeit und ihren bisherigen Lebensverhältnissen für die nächsten Monate werden. Aber ihre städtischen Volksgenossen haben zum großen Teil schon seit Monaten in noch größerer Knappheit gelebt; und sie können überhaupt nur dann bis zur neuen Ernte weiter bestehen, wenn die Landleute a) I & 8 jetzt Vorgeführte schnell und reiflos abliefern. Wer vaterlandlos genug sein sollte und trotz dieser Mahnung irgendetwelche Vorräte vor dem Ruckprüfungsamt zu verheimlichen, beiseite zu schaffen und widerrechtlich zu verfüttern sucht, wird streng bestraft und die Vorräte werden ihm ohne Vergütung fortgenommen. — Es wird uns schwer, wegen der Verzögerung einzelner gerade in der beginnenden Bestellungszeit, die besonders schwere Anforderungen an die Sinaabe und den Fleiß der Landleute stellt, so harte Maßnahmen treffen zu müssen; aber wo es um das Schicksal des Vaterlandes geht, müssen alle anderen Rücksichten schweigen.“

Auch die Englische Gasgesellschaft erhöht den Gaspreis. Nachdem fast sämtliche Gemeindegaswerke Groß-Berlins ihre Gaspreise erhöht haben, will auch die Englische Gasgesellschaft ihren Tarif erhöhen. Sie hat den von ihr belieferten Gemeinden mitgeteilt, daß sie beabsichtigt, den Gaspreis für die Einzelabnehmer von 12,35 auf 16 Pf. für 1 Kubikmeter zu erhöhen. Die beteiligten Gemeinden, deren Zustimmung nach den Verträgen für eine Preis-erhöhung einzuholen ist, haben sich daher jetzt mit dieser Preis-erhöhung zu befassen. Die Gemeinde Mariendorf hat den Antrag bereits abgelehnt. Die Gemeinde Rosenthal hat in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung beschlossen, im Hinblick auf die bevorstehende Liquidation der Englischen Gasgesellschaft der Preis-erhöhung nur für 1917 und nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß daraus kein höherer Kapitalwert des Unternehmens errechnet wird. Von der Erhöhung sollen 2/3 Pf. auf die Gemeinde, 1/3 Pf. auf die Gesellschaft entfallen.

Landwirt. Ungenügende Lebensmittelfürsorge. Ueber die Lebensmittelfürsorge der Gemeinde geben und lebhaften Klagen zu. Besonders bedauert wird, daß es in zehn Wochen keine Kartoffeln gab und die gewährten Ersatzmittel nicht ausreichten waren.

Auch die Verteilung von Hülsenfrüchten, Mehlprodukten, Feiern und anderen Nahrungsmitteln ist ungenügend und entspricht lange nicht dem, was in anderen Vororten geleistet wird. Der Beschwerdeführer hofft, daß es bei der bevorstehenden Verminderung der Vorräte der Gemeinde gelingen werde, neben einer größeren Kartoffelmenge entsprechenden Ersatz in Teigwaren und Mühlenfabrikaten zu beschaffen.

Gewerartig gibt es Konferten und Rübensauerkohl, die Fleischration beträgt 350 Gramm, für Kinder die Hälfte.

Niederhönhäuser. Lebensmittelnachrichten. Die Kopfstücke der Brotkarte der laufenden Woche berechtigen zum Bezuge von 300 Gramm Graupen und 60 Gramm Suppenfabrikat. Die Anmeldungen haben bis heute, mittags 12 Uhr beim Händler, bei dem sie entnommen werden sollen zu erfolgen. 300 Gramm Graupen kosten 18 Pf., 60 Gramm Suppenfabrikat 8 Pf. Auf die Eierkarte der laufenden Woche wird bis zum 15. April ein Ei abgegeben zum Preise von 28 Pf.

Unentgeltliche Impfungen finden statt: Für die Einwohner südlich der Bismarckstraße und Blankenburger Straße einschließlich dieser beiden Straßen morgen Freitag bei Reibe, Kaiser-Wilhelm-Straße 33 für weibliche Personen von 10—11 Uhr für männliche Personen von 11—12 Uhr.

Nördlich der Bismarckstraße und westlich der Kaiser-Wilhelm-Straße sowie für Schönholz am nächsten Sonntag bei Zbiele, Bismarckstr. 44, für weibliche Personen von 10—10 1/2 Uhr für männliche Personen von 10 1/2—11 1/2 Uhr.

Westlich der Kaiser-Wilhelm-Straße und nördlich der Blankenburger Straße einschließlich Kaiser-Wilhelm-Straße auch am Sonntag bei Junich, Kaiser-Wilhelm-Straße 43, von 10—11 1/2 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Tempelhof. Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins findet erst in der nächsten Woche statt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Hermisdorf, Waldmannsfl., Glienick, Birkenwerder, Hohen-Neuendorf und Bergfelde. Sonnabend, den 14. April, abends 1/2 9 Uhr, findet bei Eggbrecht, Hermisdorf, eine Mitgliederversammlung statt.

Zur Teilnahme berechtigt sind die Genossen, die auf dem Votum der Parteimehrheit (S. P. D.) stehen. Mitgliedsbücher sind zwecks Entrichtung der Beiträge mitzubringen.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Aus dem Geschäftsbericht der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-A.G. heben wir hervor: „So sehr sich die Gaswerke bemüht hatten, mit den vorhandenen Einrichtungen dem steigenden Gasbedarf zu genügen und Erweiterungen sowie Erneuerungen während der Kriegszeit hintan zu halten, so ist schließlich auch hier an vielen Stellen die Grenze des Möglichen erreicht worden, so daß sich die Betriebe gezwungen haben, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten. Da eine nennenswerte Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Fabriken nicht mehr möglich war, haben wir zu Beginn des Jahres 1917 die in Berlin-Wittenau gelegene Fabrik „Alis Aufzugswerke G. m. b. H.“, deren Anteile sich in den Händen der Alis Elevator Co. in New York befinden, mit der gesamten maschinellen Einrichtung für die Kriegsbauer teilweise übernommen, wobei und gleichzeitig ein Verkaufsrecht bis zum Jahre 1921 eingeräumt wurde. Unsere Beteiligungen haben im Berichtsjahre eine Verminderung erfahren durch den Verkauf unserer anfänglichen Besitzes an Aktien des „Stahlwerk Krieger A.G.“, Düsseldorf. Der Erlös erbrachte uns gegenüber dem Buchwert einen angemessenen Gewinn. Eine erheblich stärkere Entlastung unseres Beteiligungsportfolios wird in der nächsten Bilanz zum Ausdruck kommen, nachdem wir zu Beginn des Jahres 1917 unsere Beteiligung an dem amerikanischen Lehigh Coal Co. unternehmen durch Vermittlung der Deutschen Bank abstoßen konnten.“ Der Auftragsbestand ist höher als zu Beginn des Jahres 1916.

Soziales.

Geheimrat Roman und das Vereinsrecht der Gewerkschaften.

Zu Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erregte der damalige Hamburger Staatsanwalt Dr. jur. R. Roman durch seine Behauptung, die ganze sozialdemokratische Presse vom „Vorwärts“ abwärts bilde nicht nur den Weineid, sondern verherrliche ihn sogar, großes Aufsehen. Die Kritik dieser in der Staatsanwaltschaft im Gerichtsbezirk getanen Behauptung brachte einer Reihe von Parteigenossen langmonatige Gefängnisstrafen.

Nach fünfundsiebenzig Jahren sind seitdem vergangen, manches hat sich seit dieser Zeit gewandelt. Anzeichen auch die Auffassung des inzwischen zum Wirklichen Geheimen Krieger in Preußen auf-

Vergeßt nicht Kriegsanleihe zu zeichnen!

gestiegenen ehemaligen Hamburger Staatsanwalts. Vor uns liegt ein kleines Büchlein dieses Herrn: „Vereins- und Gewerkschaftsrecht der Gewerkschaften und Gewerkschaften, Berlin, 1917, J. Gutentag.“ Das Buch behandelt im wesentlichen das Gesetz zur Änderung des Vereinsgesetzes vom 26. Juni 1916.

Sein Inhalt bestätigt die Berechtigung unserer Reichstagsfraktion zu diesem Gesetz; es ist eine einzige Bekräftigung der von den Gewerkschaften vertretenen Auffassung, daß dieses Änderungs-gesetz eine ganz wesentliche Besserstellung der Gewerkschaften darstelle und die Rechtsunsicherheit beseitige, die durch den Widerspruch zwischen der Rechtsprechung und dem tatsächlich eingetretenen Zustand bedingt war.

Alles Material dafür, was der Gesetzgeber mit der neuen Vorschrift getollt hat, hat Komen zusammengetragen, und dieses erschöpfende, vollständige Material, das ca. 90 Seiten des Buches umfaßt, macht dieses zu einer so wertvollen Bereicherung jeder Gewerkschaftsbibliothek, daß wir es nur angelegentlich empfehlen können.

Dem Büchlein ist ein Abdruck des Vereinsgesetzes unter Berücksichtigung der Veränderung vom Juni 1916 und eine kleine Abhandlung über das gewerbliche Koalitionsrecht beigelegt. Die letztere ist zu kurz, um erschöpfend sein zu können. Deshalb auch können wir über sie hinweggehen. Nur gegen einen Satz müssen wir uns wenden: „Ausgeschlossen von der Koalitionsfreiheit sind namentlich auch die landwirtschaftlichen Unternehmer und Arbeiter sowie die zu häuslichen Arbeiten verwendeten Dienstboten.“

folke nach der Hausordnung die Kaffeteria, wenn sie verkauft, selber gar keinen Kaffenzettel ausreichen, sondern ihn von einem Mitangehörigen ausreichen lassen. — Das Kaufmannsgericht beurteilt den Beklagten zur Zahlung von 117 M. Restgeld. Die Klägerin hätte sich zwar korrekterweise sofort einen Kaffenzettel ausreichen lassen müssen, aber das sei ein nicht so schweres Vergehen, daß es mit sofortiger Entlassung zu ahnden sei, zumal ein Plus von 10 M. in der Kasse war.

Allgemeine Familienherkunft. Sonntag, den 15. April: Zahl- und Aufnahme von 3-6 Uhr im Restaurant Gertrudstr. 12/13, am Sonntag, den 21. April, von 4-5 1/2 Uhr im Waldau, Waldauer Hof.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter Hermann Dier am 10. April im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Heilmut Neumann von der Firma Panger, Badstraße, am 9. April im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Hermann Pohlmann am 8. April im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Christian Jänleke von der Firma Meyer u. Co., Tempelhofer, am 1. April im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Sozialdemokrat. Verein Berlin II. Soz. Partei Deutschlands. Am 2. April verstarb in einem Heilanstalt, im Alter von 41 Jahren, unser Genosse, Unteroffizier Otto Zitanski.

Gesangverein Malentraum. Am 8. April 1917 verstarb nach einem nur kurzen Krankenlager unser lieber Gesangsbruder Bernhard Wollau.

Hermann Deskowski im 55. Lebensjahre.

Spezialarzt Dr. med. Weckenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden.

Briefkasten der Redaktion. Dr. R. Die Kriegslage wird weiter geschildert. — G. B. O. Weihen Sie sich als Musiker bei irgend einem Truppenteil, zu dem Sie eingezogen werden möchten. — W. R. 1005. Derzähler. — F. W. 99. Weihen Sie sich beim Kriegsdienst. Dort erfahren Sie auch die Höhe des Gehalts.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Schankwirts Heinrich Rode.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders Alfred Matzkow.

Bandwurm. Mit Kap. echtes Spul- u. Madenwurm-bekämpfungsmittel, welches in jedem Haushalt sein sollte.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.

Ziehung 16. bis 20. April 1917. Rote + Gold-Lotterie. 600 000 Hauptgewinne: Mark 100 000, 50 000, 30 000.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen. Preis 40 Pf.

Table with 2 columns: Lot numbers and corresponding amounts. Includes sub-headers like '9. Preussisch-Süddeutsche (235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie'.

Table with 2 columns: Lot numbers and corresponding amounts. Includes sub-headers like '9. Preussisch-Süddeutsche (235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie'.

Table with 2 columns: Lot numbers and corresponding amounts. Includes sub-headers like '9. Preussisch-Süddeutsche (235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie'.

Table with 2 columns: Lot numbers and corresponding amounts. Includes sub-headers like '9. Preussisch-Süddeutsche (235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie'.

Der 15. April – der nächste Sonntag – ist Nationaltag für die 6. Kriegsanleihe!

Aufruf

an die Groß-Berliner Bevölkerung!

Um Dasein und Zukunft, um Bestand und Entwicklung, um äußere und innere Freiheit ringt das deutsche Volk im Weltkrieg. Zu Lande und zu Wasser haben unsere Tapferen draußen bisher stets die Feinde niedergedrungen.

Heilige Sache der Daheimgebliebenen ist es, die im Felde stehenden zu stärken, zu stützen, zu rechter Zeit die rechten Mittel zu geben für den Endkampf. Allgemeine Wehrpflicht ist deutscher Stolz, ist deutsches Opfer. Die allgemeine Pflicht, den Kriegsanleihen beizusteuern, steht keines Jolles Breite dahinter. Auch sie ist des ganzen Volkes Sache. Es gilt nicht nachzulassen, unsere Kraft wächst mit unserem Willen durchzuhalten und zu siegen! Die 6. Kriegsanleihe muß alle vorangegangenen Kriegsanleihen übertreffen.

Darum: Deffnet den Beutel! Auch die kleinste Beisteuer bringt dem Geber das schöne Bewußtsein, als das Vaterland rief, nicht gefehlt zu haben. Laßt Euch mittragen, Ihr bedächtigt Zögernden und ängstlich Sagenden, durch die allgewaltige Liebe zum deutschen Vaterland.

Hell und kraftvoll mahnend gehe der Werberuf durch Stadt und Land von Mund zu Mund! Hell und zuversichtlich sollen ihn unsere Helden zu Land, zu Luft und zu Meer hören.

Tut Eure Pflicht, dann ist der Sieg unser!

Zeichnet die 6. Kriegsanleihe.

Berlin, den 11. April 1917.

Die Werbeausschüsse:

Älteste der Kaufmannschaft
Potsdamer Handelskammer

Berliner Handelskammer
Handwerkskammer

Magistrate von Berlin, Charlottenburg, Berlin-Vichtenberg
Königsplatz, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf

Kreisaußschüsse des Kreises Teltow, des Kreises Niederbarnim.

Am Sonntag, d. 15. April, sind alle Zeichnungsstellen der Kriegsanleihe offen.

Der Mann vom Mars.

Von Peter Scher.

Der Mann vom Mars erschien am 21. März 1917 in Berlin, begab sich mit der N-Bahn nach Charlottenburg, um zunächst dem Dr. H. Silbenzahl einige Notizen für sein Blatt ins Ohr zu tuscheln.

Die Verwandlung des Marsmannes war ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen — nur hatte er es in unbegreiflicher Vergeßlichkeit unterlassen, die Marsbewohnern eigene Funktion der Gefühlslogik auszuweisen oder doch ins zeitgemäß Jüdische umzuschalten.

Der Marsmann — er nannte sich übrigens Lemden — hatte schon auf seiner Fahrt zu Dr. Silbenzahl in der Elektrischen mit Grafen einige grau gekleidete Männer beobachtet, die auf eine ihm unbegreifliche Art ihrer Glieder beraubt waren.

Nun war Lemden nicht so sehr darüber betroffen, daß diese grauen Männer in einem solchen Zustand waren, als vielmehr darüber, daß die anderen, die Unberlegten, dieser Tatsache mit einer Ruhe und Selbstverständlichkeit gegenüberstanden, die für den Fremden etwas Erschütterndes hatte.

Als der Marsmann vom erwähnten Dr. Silbenzahl über dieses Phänomen aufgeklärt worden war, schlug er die Hände zusammen und beharrte längere Zeit in ersticktem Nachdenken.

„Ist es möglich,“ sagte er dann, „Menschen haben das getan — für ihr Vaterland...“ und Menschen haben das ertragen — für ihr Vaterland... und Menschen gehen daran vorbei, als ob es so sein müßte!“

„Was wollen Sie,“ sagte Dr. Silbenzahl achselzuckend — „est la guerre!“

„Wie!“ fragte der Marsmann ziemlich scharf.

„Ah so,“ sagte Dr. Silbenzahl, „ich vergaß — Sie kommen vom Mars. Also: es ist Krieg. Ob er notwendig ist oder nicht — darüber gilt es jetzt nicht zu rechten. Er ist — Kunstum. Was die geringste Teilnahmslosigkeit betrifft, so ist sie eben eine allgemeine jüdische Erscheinung, der auch ich nicht — ich bekenne es — nicht ganz entzogen bin. Der Mensch gewöhnt sich an alles. Die Folge ist, daß er teilnahmslos erscheinen muß — wiewohl er es in Wahrheit gar nicht ist. Ja...“

„Krieg...“ murmelte der Lemden abwesend... „ich verstehe es noch nicht recht. Bei uns auf dem Mars gibt es keinen Krieg.“

„Daher der Name Mars,“ bemerkte Silbenzahl, den der Besucher schon etwas langweilte, weil er, statt Informationen zu bringen, andauernd welche haben wollte... „Lex mihi mars!“

„O Menschen!“ schrie der Lemden... „unserm Planeten habt ihr diesen Namen gegeben! Aber genug — ich begreife und begreife es nicht, daß ihr das alles um euch sehen und dabei einhergehen und essen und trinken und euch vergnügen könnt, als ob es so sein müßte...“

„Essen und trinken... hm,“ sagte der Doktor, „immerhin, es gibt Solale, wo man für Geld alles Mögliche bekommt!“

„Für Geld!“ rief der Marsmann schmerzhaft... „habt ihr in solcher Zeit nicht wenigstens alle das Geld?“

„Kawität!“ sagte Dr. Silbenzahl. „Haben Sie noch nichts vom Kampf ums Dasein gehört? Das Gesetz vom Kampf ums Dasein im Kleinen wird nicht durch den Kampf ums Dasein im großen aufgehoben!“

„Und Sie gehen ruhig zu einem Beefeal, das Sie bezahlen können, obgleich Sie wissen, daß Ihr Bruder, der neben Ihnen kämpft, vielleicht ermattet, weil er es sich nicht kaufen kann!“

„Sie werden sentimental, mein Lieber,“ sagte Silbenzahl ernst: „wenn wir alle so fühlen und denken wollten, würden wir alle nichts haben. Persönlichkeiten heben sich immer hervor — Talente — was weiß ich... es ist so und muß so sein.“

„So ist das also...“ sagte der Marsmann niedergeschlagen... „bei uns auf dem Mars ist alles anders. Uns würde der Anblick unserer Brüder, die so für uns gekümmert haben, immer ein Stachel im Fleisch sein — und wenn wir sie noch so lange unter uns sähen... Wir würden uns nicht an ihren Anblick gewöhnen. Wir nicht!“

„Ganz schön,“ sagte Silbenzahl gähnend, „Ihr könnt euch das leisten, weil euer Dasein eben kein Kampf ist... Ihr könnt es euch leisten, sentimental zu sein!... Unter uns, lieber Freund —“

nicht übernehmen! —: ein bißchen schwächlich ist Ihre Marsanschauung schon!“

„Ja,“ sagte der Marsmann müde und schwer: „Kun verstehe ich alles — Ihr Menschen seid die Stärkeren. Ihr habt die Gabe empfangen, euch an alles zu gewöhnen.“

„Gut,“ sagte der Doktor... „Sie machen sich!... Aber nun müssen Sie mich entschuldigen, Westler. Ich bin zu Kommerzentrats geladen. Ein Stück Braten vorachten, heißt den Geist der Zeit heraufzureden. Vorwärts!“

Der Doktor, feist und strahlend, trällerte ein Lied.

Der Mann vom Mars, auch Lemden genannt, kroch im Bewußtsein seiner Schwächlichkeit in sich zusammen. Er sah bewundernd zu dem andern auf und dachte: „Sie sind die Stärkeren. So ist das Leben!“

Solches fühlend, versüßigte er sich und ward nie mehr ge- sehen.

Zwei Urteile über die Bibel.

1. „Unter den Händen der funstlosen Semiten, Türken und anderer Völker wurden die herrlichen Sagen zu jenen Sünd- erzählungen, wie sie im alten Testament und anderswo geschma- los vorliegen.“

2. „Jeder Mensch mit gereifter Lebenserfahrung, der unbe- fangenen an die wunderbaren biblischen Dokumente tiefer Lebens- weisheit, gegründet auf eingehendster Menschenkenntnis, herantritt, muß von ihnen gefangen genommen werden.“

Der Geschmack ist verschieden — wird man sagen. Nun ja. Aber es ist interessant festzustellen, wo diese auffallende Ver- schiedenheit zu beobachten ist. Urteil Nr. 1 kommt nämlich aus der agrarisch (Krumden) „Deutschen Tageszeitung“; Urteil Nr. 2 aus dem sozialdemokratisch-gottlosen „Ham- burger Echo“. Beide erschienen am selben Tage.

Trionon-Theater: „Der alte Feinschmecker“.

Kein Geringerer als Ludwig Thoma vom „Simplicissimus“ soll den pseudonymen Schwan für seinen Landsmann Konrad Dreher, der jetzt damit im Trionon gastiert, geschrieben haben. Von der schlagkräftig kernigen Naturhaftigkeit, die einige früheren bayerischen Stücken Thomass, vor allem „Die goldene Medaille“ und „Erster Klasse“ zu kleinen Meisterwerken stempelte, läßt sich in dieser breiter ausgehobenen Gelegenheitsarbeit freilich kaum auch nur ein Hauch verspüren. Die Erziehung wird aus allgewohntem Gaudrate bestritten und kimmert sich, der Schwäntradtation ent- sprechend, nicht um psychologische Möglichkeiten. Aber bei aller Dürftigkeit des Materials sticht in den Einzelwendungen doch so viel Witz anheimelndes Lokalcolorit, daß eine diese Färbung lebendig widerspiegelnde Aufführung, wie die Dreherische, gemü- tlich munter unterhält und oft zu herzhaftem Gelächter fortreißt. Neben Dreher's Münchner Bierphilist, der sich nach langjährigem erfolgreichen Bühnenbetrieb als Wittler zur Ruhe gesetzt hat und in dem spät erwarteten Trieb nach „Höherem“ sich in ein junges, hübsches Mailknecht verliebt, stand ebenbürtig Präulein Tschaffons Dürre, ein wenig effigiale Schwärze, die des be- liebten Bruders Extrabaganten mit heiterem Spott verlost. In den Münchener Biergartenjungen, wo man die Ankunft des von der Materin herbeizitierten winzigen Berliner Vopas feiert und in dem am nächsten Morgen von dem verletzten Verehrer unternommenen Versuch, den schwiegerväterlichen Segen des abnunglosen Herrn zu erbitten, erreicht die allge Kollisionshöhe ihren Höhepunkt. Eine sühvoll bairische Ergänzung in der Pause bildete das mit großem Beifall aufgenommene Bühnenstück Heinz Statters.

Moderne Riesenmaschinen.

In dem ungeheuren Erleben des Weltkrieges bleiben natur- gemäß kleinere Sensationen unbeachtet, sonst hätten die unlängst erschienenen Jahresberichte unserer beiden großen Elektrizitätsgesell- schaften mehr Aufsehen erregen müssen, als sie tatsächlich getan haben. Denn wenigstens in technischer Hinsicht brachten sie eine große Sensation, wußten sie doch zu berichten, daß den Fabriken der beiden Gesellschaften mehrere Dynamomaschinen von 50 000 Kilovoltampere und sogar eine von 60 000 Kilovoltampere- Leistung in Auftrag gegeben und von ihnen in Arbeit genommen worden seien. 50 000 und 60 000 Kilovoltampere, das sind 61 000 und 73 500 Pferdestärken zum mindesten! Eine ganz unvorstellbar riesenhafte Leistung, auch wenn man noch den Maßstab der aller- längsten Zeit anlegt.

Im Menschenalter scheint die Zeit zurückzuliegen, wo man eine 3000pferdige Dynamomaschine als Wunderwerk der Technik an- schaute, und doch war dies erst auf der Pariser Weltausstellung von

1900 der Fall. Freilich hat sich in der dazwischen liegenden Zeit unser Maßstab sehr stark geändert. Gerade so wie die industriellen Gesellschaften ins Riesenhafte wuchsen, sich in Kongerne mit einem Kapital von Hunderten von Millionen unbildeten, gerade so haben es auch die von ihnen gebauten oder bestellten Maschinen. Mit in erster Linie markierte die Schiffahrt, nicht so sehr wegen der Größe ihres Bedürfnisses — das war auch an anderen Stellen vorhanden — als wegen der Gunst der örtlichen Verhältnisse, die es erlaubte, dieses Bedürfnis zu be- friedigen. Die großen Postdampfer hatten immer schon starke Maschinen benötigt, aber über ein paar tausend Pferdestärken ging der Bedarf doch nicht hinaus. Da aber kam die Ära der großen Schnelldampfer, der Kampf um das blaue Band des Ozeans zwischen Deutschland und England, und nun tuchten die erforder- lichen Pferdestärken der Maschinen rasch in die Zehntausende. Ein Glück war, daß die Werften ihre eigenen Maschinenfabriken hatten, so konnten sie diesem Bedürfnis voll genügen. Denn hier macht sich ein großes Hemmnis der Entwicklung geltend. Man kann so große Maschinen und noch größere wohl bauen, aber be- fördern kann man sie nicht, wenigstens nicht mit der Bahn, dazu sind die Eisenbahnwagen, die Durchgangspfade der Tunnel und Brücken zu klein. Deshalb konnten die Elektrizitätswerke nie so große Maschinen aufstellen, weil sie sie mit der Bahn hätten heran- schaffen müssen, und das ging nicht.

Darin trat eine vollständige Aenderung ein, als die Dampf- maschine von der Dampfturbine verdrängt wurde. Bei dieser Dampf- turbine wirkt der Dampf in vollständig anderer Weise als bei der Dampfmaschine und bewirkt eine viel höhere Drehzahl des umlaufen- den Teiles. Während die großen Dampfmaschinen etwa 80-100 Um- drehungen in der Minute machen, bringen es die Turbinen bis 2000. Infolgedessen wird die ganze Maschine bei gleicher Leistung viel kleiner und leichter, so daß man innerhalb der durch die Eisenbahn gezogenen Grenzen viel stärkere Maschinen bauen kann. Sowohl die Leistungen der Schiffsturbinen wie auch die der Landturbinen für Elektrizitätswerke wuchsen dementsprechend an. Die Pferdestärken zählten bald noch mehreren Zehntausenden. Besonders hohe Maschinenleistungen wiesen die schmalen Panzerkreuzer auf, da diese riesigen Schiffe auch eine ungeheure Geschwindigkeit besaßen. Die Handelsmarine blieb scheinbar zurück. Da aber erdichteten die Riesen-Schnelldampfer vom Imperatorstyp auf dem Plan und hielten den ganzen Vorprung wieder ein. Lange Zeit galten die Turbinen dieser Schiffe als die weitest- größten Maschinen, da aber kamen die neuen Turbodynamos für Elektrizitätswerke, von denen eingangs die Rede war, und schufen einen neuen Rekord. Wie lange mag der nun wohl be- stehen bleiben? Die Amerikaner, die es ja nicht vertragen können, wenn jemand in irgend welcher Beziehung größere Zahlen besitzt als sie, werden sicherlich bald versuchen, diesen deutschen Rekord zu schlagen und für ihre Elektrizitätswerke ein paar noch größere Maschinen zu bauen.

Notizen.

— Im Deutschen Theater findet am Montag, den 16. April, die Erstaufführung von Molieres Komödie „Der Geizige“ statt. Die Rolle des Darpagon spielt Max Falkenberg.

— Prof. Theodor Leber, einer unserer hervorragenden Augenärzte, ist in Heidelberg gestorben. Er war Schüler des be- rühmten Berliner Albrecht Graf.

— Petersburg oder Petrograd? Eine der ersten Zeiten des zaristischen Rußlands bei Kriegsausbruch war die Um- taufung der an deutsche Kulturkreise erinnernden Bezeichnung Petersburg in Petrograd (russ. = Peterstadt). Jetzt schlägt aber das „Radetzkiorgan“ „Nisch“ vor, die Hauptstadt wieder Peters- burg zu benennen, da die Petrograder Besuche die unglückliche der russischen Geschichte gewesen sei. „Nisch“ gebraucht das russische Volk weder den einen noch den anderen Ausdruck, sondern sagt Pjoter.

— Die ersten deutschen Funde im „Micoquien“. Die Vermutung Prof. Otto Hauers, des Entdeckers der Micoque- kultur, daß sich Spuren dieser Urmenschenfunde auch in Deutschland befinden müßten, hat sich über Erwarten schnell bewahrheitet. Die neue Fundstelle liegt in der Nähe von Rößten bei Dichtenfels im bayerischen Regierungsbezirk Oberfranken. Es darf dem Wunsch Ausdruck gegeben werden, es möge sich das Grabfeld von Rößten als so ausgedehnt erweisen, daß es dem ver- dienten schweizerischen Forscher, den französisch-schweizerischer Unverstand zu Beginn des Krieges aus seinem jahrelangen Arbeits- gebiet an der Bezere vertrieben hat, Ersatz für den Verlust seines Wirkungskreises zu bieten vermag.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabriela Zapolska.

„Sollte auch sie hier sein? In diesen Mauern?“ dachte er.

Er sprang aus seinem Bett und begann sich schnell an- zuziehen. Es war ihm, als müßte er jeden Augenblick Jankas Hilferuf vernehmen und zu ihrer Rettung eilen.

Aber das tiefe Schweigen, das auf dem Korridor herrschte, ermutigte ihn wieder.

Er trank einen Schluck Wasser und begann in seiner Zelle auf und ab zu gehen.

Plötzlich durchfuhr ihn der Gedanke, daß es in Rußland manchmal passierte, daß ein fremder Staatsbürger die Grenze passierte und spurlos verschwand.

Das bedeuteten diese vier grauen kahlen Wände, in deren Ecken der Schreden lauerte.

Wieder vergingen mehrere Tage. Außer dem Aufseher be- trat niemand Nikit's Zelle. Man schien seine Existenz ver- gessen zu haben.

Er dachte an nichts anderes, als an die bevorstehende Vernehmung. Immer wieder legte er sich seine Antworten zurecht. Er konnte sich hinter seiner fremden Staatsangehörig- keit verschansen. Er war österreichischer Staatsbürger und unterstand nicht den russischen Gesetzen. Doch fühlte er sich vor allem als Pole und wollte als solcher abgeurteilt werden. Er hatte den heißen Wunsch, sich an den Boden zu klammern, dessen Sohn er war und jenen Geist einzuatmen, der die Grundlage seines Lebens bedeutete.

Sein Trost und seine Widerstandskraft steigerten sich. „Rögen sie mich nur freilassen!“ dachte er.

Aber sie ließen ihn nicht frei.

Wieder vergingen Tage und Nächte. Nikit's begann all- mählich seine Selbstbetrachtung zu verlieren.

Er wurde schlaff und gleichgültig, horchte nicht mehr auf die Geräusche im Korridor und strarrte immer länger vor sich hin. Der Gedanke schredte ihn, daß sich vielleicht niemand um ihn kümmerte, daß er einfach dem Schicksal überlassen worden war. Eines Abends versuchte er vergeblich einzu- schlafen. Niemals stand Janka so lebendig vor ihm wie jetzt.

Aber sie erschien ihm nicht mehr lebensfroh und heiter, sondern mit bleassem Gesichtchen und tiefeingefallenen Augen, aus denen die Sorge leuchtete.

„Mein armes Kind!“

Auf dem Korridor ließen sich leise Schritte mehrerer Per- sonen hören. Nikit's richtete sich in seinem Lager auf.

„Sie holen mich!“ dachte er.

Aber die Schritte gingen an Nikit's Tür vorüber und hielten an der Nebenzelle.

„Ist sie angezogen?“ fragte eine Stimme, die Nikit's kannte.

„Ja! Meine Frau hat sie angezogen,“ antwortete eine zweite Stimme.

„Ist ein Wagen bereit?“ fragte man wieder auf russisch.

„Zwei Wagen.“

„Und Leute? Vielleicht wird sie schreien?“

„Nein, sie ist ganz ruhig!“

Nikit's erriet aus diesen Worten, daß jemand, wahrchein- lich eine Frau, fortgebracht werden sollte. Dann hörte er, wie jemand aus der gegenüberliegenden Zelle herausgeführt wurde. Sein Herz begann so heftig zu klopfen, daß sein Atem stockte. Jemand schien sich schweigend zu wehren, denn eine Stimme, die Nikit's kannte, sagte auf polnisch:

„Haben Sie keine Angst, meine Dame, geben Sie mir die Hand.“

Ein leises Stöhnen war die Antwort.

„Warum wollen Sie denn nicht von hier fort? Sie werden vielleicht Ihren Vater, Ihren Bruder sehen!“

Nicht ein Laut ließ sich als Antwort vernehmen. Dann befahl eine ärgerliche und ungeduldige Stimme auf russisch:

„Neigt ihre Hände von der Türe fort und führt sie hin- aus... Wir kommen sonst zu spät zum Zuge.“

Es ist Janka!

„Janka! Janka!“

Aber schon sind sie an seiner Tür vorüber und ent- schwinden in dem dunklen Korridor; die leisen Klagen ver- hallen.

„Nikit's sinkt in die Arnie und streckt die Hände aus: „Mein armes Kind!““

XIII

Weslohen. — Seltsame Stimmen. — Die Arbeiter aus Dombrova be- schlichen einen Hungerstreik. — Langsame Holzer. — Maslows Erscheinen. — Starke Wille. — Schwache Kraft. — In finkster Nacht.

Seit diesem Tage begann für Nikit's ein anderes Leben in der Zelle. Ein rasender Schmerz und unbändige Unruhe rissen ihn aus seiner Starre. Er hätte beschwören mögen, daß Janka im Gefängnis eingesperrt und krank war, daß Gendarmen sie fortgebracht hätten. — Sie, wie auch Razio.

Nikit's hatte jetzt nur den einen Wunsch, die beiden Ge- schwister zu befreien, die Schuld auf sich zu nehmen und zu beschwören, daß sie von nichts wußten.

Sein Leben wollte er opfern. Bis zum Tode im Kerker dahindämmern, wenn er sie nur gerettet wußte.

Aber dazu war es nötig, daß er vernommen wurde.

Nikit's beschloß, zu versuchen, den Aufseher zu bestechen. Er hatte noch etwa fünfzig Gulden bei sich.

Eines Nachmittags, als der Aufseher seine Zelle be- trat, schob Nikit's ihm ohne nähere Vorbereitung einen Zehngulden- schein hin.

„Bringen Sie mir Zigaretten,“ sagte er gleichgültig, da der Aufseher den Papierschein mit fragendem Blick an sich nahm.

Als er ihm das Mittagessen brachte, fürchtete Nikit's, ihn in die Augen zu sehen. Endlich überreichte ihm der Aufseher drei Päckchen Zigaretten und das Geld.

„Behalten Sie das Geld!“ sagte Nikit's, „Sie werden mir dafür Zigaretten kaufen.“

Die schmutzige Hand des Gefängnisaufsehers steckte das Geld wieder ein. Nikit's sprach an diesem Tage nicht mehr mit dem Aufseher, aus Angst, ihn zu verschrecken. Die Zigaretten beruhigten auch ein wenig seine Nerven. Am nächsten Tage fragte er den Aufseher schüchtern:

„Scheint draußen die Sonne?“

(Fort. folgt.)

